

Bundesrat

Drucksache 569/04

23.07.04

EU - FJ - Fz - K - Wi

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die
Durchführung des Programms "Jugend in Aktion" im Zeitraum 2007 bis 2013

KOM(2004) 471 endg.; Ratsdok. 11586/04

Übermittelt vom Bundesministerium der Finanzen am 23. Juli 2004 gemäß § 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (BGBl. I 1993 S. 313 ff.).

Die Vorlage ist von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften am 15. Juli 2004 dem Generalsekretär/Hohen Vertreter des Rates der Europäischen Union übermittelt worden.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen werden an den Beratungen beteiligt.

Hinweis: vgl. Drucksache 791/98 = AE-Nr. 982345,
Drucksache 1066/01 = AE-Nr. 013931, AE-Nr. 031404, AE-Nr. 041774 sowie
Drucksache 231/04 = AE-Nr. 041039 und AE-Nr. 040946

BEGRÜNDUNG
ZUM VORSCHLAG FÜR EINEN BESCHLUSS ÜBER DAS PROGRAMM „JUGEND
IN AKTION“¹

1. HINTERGRUND

In ihrer Mitteilung vom 10. Februar 2004 mit dem Titel *„Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen: Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union – 2007-2013“* schlug die Kommission als eine vorrangige Priorität für EU-Maßnahmen vor, die europäische Bürgerschaft zu entwickeln.

Am 9. März 2004 legte die Kommission die Mitteilung *„Aktive Bürgerschaft konkret verwirklichen: Förderung der europäischen Kultur und Vielfalt durch Programme im Bereich Jugend, Bürgerbeteiligung, Kultur und audiovisuelle Medien“²* vor, in der die Grundzüge des neuen Programms im Jugendbereich dargelegt werden.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die aktive Bürgerschaft zu verwirklichen, und zwar durch die Förderung der europäischen Kultur und Vielfalt in Bereichen, in denen die europäischen Bürger und insbesondere die jungen Menschen direkt in den Integrationsprozess einbezogen werden.

Das Programm JUGEND läuft 2006 aus. Im Lichte der genannten Mitteilungen sowie der Ergebnisse der öffentlichen Konsultation, des Berichts über die Zwischenevaluierung³ und der Ex-ante-Evaluierung des künftigen Programm-instruments legt die Kommission diesen Legislativvorschlag im Hinblick auf die Annahme einer neuen Programmgeneration für den Zeitraum 2007-2013 vor.

1.1. Ausgangssituation

Die mit Beschluss Nr. 1031/2000/EG festgesetzten Ziele des Programms JUGEND basieren auf Artikel 149 Absatz 2 des EG-Vertrages, in dem es heißt: *„Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: [...] Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer [...]“*.

Die Zwischenevaluierung des Programms JUGEND zeigt, dass dieses Instrument großen Anklang findet und tatsächlich Wirkung zeigt. Die Evaluierung beinhaltet außerdem eine Reihe von Empfehlungen, die umgesetzt werden sollten, um den Entwicklungen im Jugendbereich, den von dieser Art von Programm geweckten Erwartungen sowie dem Wunsch nach Vereinfachung Rechnung zu tragen.

Angesichts ihrer vertraglichen Verpflichtungen und der positiven Ergebnisse der Zwischenevaluierung des Programms schlägt die Kommission vor, die Maßnahmen im Jugendbereich fortzuführen.

¹ Vorläufige Bezeichnung.

² KOM (2004) 154 endg. vom 9.3.2004.

³ KOM (2004) 158 endg. vom 8.3.2004.

1.2. Warum eine neue Etappe?

Die Zusammenarbeit im Jugendbereich hat sich seit der Annahme des Weißbuchs „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ durch die Kommission im November 2001 erheblich weiterentwickelt.

Im Weißbuch wurde insbesondere die Einführung einer offenen Koordinierungsmethode vorgeschlagen, um die Entwicklung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in vier vorrangigen Bereichen zu fördern: *Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und bessere Kenntnis der Jugend*. Das Europäische Parlament hat in seiner Stellungnahme vom Mai 2002 die Vorschläge der Kommission unterstützt.

Der Rat, der die Vorschläge des Weißbuchs begrüßte, hat im Juni 2002 die Rahmenbedingungen für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich festgelegt. Im November 2003 setzte der Rat gemeinsame Ziele für die Partizipation und Information der jungen Menschen fest, die ebenfalls im Programmvorschlag Berücksichtigung finden.

Weitere Entwicklungen der Gemeinschaftspolitik fließen in die vorgeschlagene Rechtsgrundlage ein:

- In den Schlussfolgerungen des Rates vom Mai 2003, die vom Rat im Mai 2004 bestätigt wurden, wird die Kontinuität des derzeitigen Programms unter Beibehaltung seiner Besonderheit und unter Berücksichtigung der Entwicklung der politischen Zusammenarbeit gefordert.
- Der Europäische Rat von Laeken ruft dazu auf, den jungen Menschen das europäische Aufbauwerk und die europäischen Organe näher zu bringen.
- Der neue Verfassungsvertrag führt neue Dimensionen im Jugendbereich ein, insbesondere die Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben sowie die Schaffung eines Korps von jungen Freiwilligen, um dadurch einen Rahmen für gemeinsame Beiträge von europäischen Jugendlichen zu Solidaritätsmaßnahmen der Union zu schaffen.
- Im Bericht des Europäischen Parlaments vom Februar 2004 wird die Kommission aufgefordert, ein Programm auszuarbeiten, das das derzeitige Programm ablöst und über eine finanzielle Ausstattung verfügt, die den wachsenden Bedürfnissen in der Jugendpolitik entspricht.
- In den Schlussfolgerungen des Rates vom Juni 2003 werden in Bezug auf die Mitteilung der Kommission über die Nachbarländer des erweiterten Europa der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit, das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit im Bereich allgemeine und berufliche Bildung als mögliche Aktionslinien der Europäischen Union genannt.

Die genannten Elemente zeigen, dass das Programm einen Beitrag zur aktiven Bürgerschaft junger Menschen in der Gesellschaft und zu ihrem Zugehörigkeitsgefühl zu Europa leisten muss. Ein weiterer Punkt ist die Bildung junger Menschen im weitesten Sinne und damit die Verwirklichung der Ziele des Lissabon-Prozesses. Ferner soll die Solidarität und das gegenseitige Verständnis entwickelt und damit ein Beitrag zum sozialen Zusammenhalt der Union und zum Frieden geleistet werden.

1.3. Die Ziele des neuen Programms

Folgende Ziele werden vorgeschlagen:

- Förderung der **aktiven Bürgerschaft junger Menschen** im Allgemeinen und ihrer **europäischen Bürgerschaft** im Besonderen,
- Entwicklung der **Solidarität junger Menschen**, insbesondere zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Europäischen Union,
- Förderung des **gegenseitigen Verständnisses der Völker** durch die jungen Menschen,
- Beitrag zur Entwicklung der **Qualität der Systeme** zur Unterstützung der Aktivitäten junger Menschen und zur Entwicklung der **Kompetenzen der Organisationen der Zivilgesellschaft** im Jugendbereich,
- Förderung der **europäischen Zusammenarbeit** in der Jugendpolitik.

Diese Ziele decken sich mit den Prioritäten für die Zusammenarbeit im Jugendbereich und mit den jüngsten Entwicklungen im Bereich der Bürgerschaft.

2. ERGEBNIS DER ÖFFENTLICHEN KONSULTATION DER BETROFFENEN AKTEURE UND DER FOLGENABSCHÄTZUNG

Die Kommission hat den Vorschlag im Einklang mit dem Grundsatz des Regierens in Europa ausgearbeitet. Die wichtigsten Akteure des Jugendbereichs hatten Gelegenheit, ihre Beiträge zur künftigen Programmgeneration einzureichen (Europäisches Jugendforum, nichtstaatliche Organisationen und Jugendbetreuer, Nationale Agenturen des Programms JUGEND usw.).

2.1. Die öffentlichen Konsultationen

Die von der Kommission im Dezember 2002 eingeleitete gemeinsame öffentliche Konsultation über die Programme im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung und Jugend sowie die Beiträge der Zuschussempfänger des Programms JUGEND haben gezeigt, dass die Akteure des Jugendbereichs und die nationalen Behörden eine übereinstimmende Meinung vertreten:

1. Beibehaltung eines eigenständigen Programms für die Jugend mit Querverbindungen zu anderen für junge Menschen relevanten Bereichen.
2. Sicherstellung der Kontinuität des Programms JUGEND im Hinblick auf Maßnahmen und Zugang zum Programm.
3. Entwicklung der europäischen Identität der jungen Menschen und ihrer aktiven Beteiligung am öffentlichen Leben.
4. Berücksichtigung der politischen Prioritäten des Weißbuchs der Kommission über die Jugend.
5. Unterstützung der Initiativen im Rahmen der politischen Zusammenarbeit, die durch die offene Koordinierungsmethode umgesetzt werden.

6. Beitrag zur Entwicklung der Jugendorganisationen und Unterstützung der Arbeit der Jugendbetreuer.
7. Stärkere Öffnung des Programms für Drittländer und Verbesserung der Sichtbarkeit dieser Maßnahmen.
8. Förderung der Anerkennung der Programmaktivitäten und allgemein der Arbeit der Jugendbetreuer, die einen Beitrag zur nicht formalen und informellen Bildung junger Menschen leisten.
9. Vorschlag von einfachen und flexiblen, auf die Zielgruppe abgestimmte Mechanismen.

2.2. Zwischenevaluierung des Programms

Die Kommission hat auch die Ergebnisse der Zwischenevaluierung des derzeitigen Programms JUGEND berücksichtigt.

Der Bericht der Kommissionsstellen über die Zwischenevaluierung basiert auf Folgenabschätzungen der am Programm teilnehmenden Länder und auf Seminaren, die von der Kommission mit den Nationalen Agenturen, mit Zuschussempfängern und unabhängigen Sachverständigen organisiert wurden.

Die Evaluierung erbrachte zahlreiche und übereinstimmende Ergebnisse. Zum einen findet das Programm JUGEND großen Anklang. Zum anderen ergeben sich aus der Evaluierung aufgrund der Entwicklungen im Jugendbereich, der politischen Zusammenarbeit im Jugendbereich sowie der dieser Art von Programm innewohnenden Schwierigkeiten eine Reihe von Empfehlungen:

1. Noch gezieltere Ausrichtung des Programms auf die Zielgruppe, d. h. alle jungen Menschen, unter besonderer Berücksichtigung benachteiligter junger Menschen.
2. Bessere Unterstützung der Begünstigten und Projekte in allen Programmphasen durch Maßnahmen im Hinblick auf Nähe und Qualität.
3. Vereinfachung und möglichst flexible Gestaltung der Verfahren nach Maßgabe der jeweiligen Zielgruppe.
4. Stärkere Transparenz und Kohärenz bei der Durchführung des Programms, insbesondere auf dezentraler Ebene.
5. Höhere Qualität der Arbeit durch Evaluierung der Projekte mit Informationsrückfluss an die Begünstigten und Anerkennung der realisierten Tätigkeiten.
6. Ausbau der Freiwilligendienste in qualitativer und quantitativer Hinsicht.
7. Stärkere Öffnung des Programms gegenüber Drittländern.
8. Vorwegnahmen von Entwicklungen durch Umsetzung innovativer Projekte und Durchführung der notwendigen Studien.

9. Erhöhung der Sichtbarkeit des Programms und seiner einzelnen Aktionen und Nutzbarmachung der erzielten Ergebnisse.

2.3. Ex-ante-Evaluierung

Der Bericht über die Ex-ante-Evaluierung stellt die Ergebnisse der Überlegungen zur Begründung dieses Vorschlags vor.

Im Bericht wird herausgestellt, dass auf europäischer Ebene auf die Bedürfnisse der jungen Menschen – vom Jugend- bis zum Erwachsenenalter – eingegangen und der von den europäischen Organen, vor allem dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament, geäußerte politische Wille berücksichtigt werden muss.

Der Bericht macht deutlich, wie der Programmvorschlag die jüngste Entwicklung der politischen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene im Jugendbereich und die Umsetzung der im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode festgelegten Prioritäten widerspiegelt.

3. RECHTLICHE ASPEKTE DES VORSCHLAGS

3.1. Rechtsgrundlage

Der Programmvorschlag basiert auf Artikel 149 EGV über die allgemeine und berufliche Bildung und Jugend, insbesondere auf Absatz 2, in dem es heißt: *„Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: [...] Förderung des Ausbaus des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer [...]“*.

3.2. Programmaktionen

Der Programmvorschlag umfasst die folgenden fünf Aktionen:

Die Aktion **„Jugend für Europa“** zielt vor allem darauf ab, das aktive Engagement junger Menschen zu stärken, und zwar durch die Unterstützung von Austausch, Mobilität und Initiativen junger Menschen sowie ihrer Projekte zur Beteiligung am demokratischen Leben.

Die Aktion **„Europäischer Freiwilligendienst“** zielt darauf ab, die Solidarität der jungen Menschen, ihren aktiven Bürgersinn sowie das Verständnis junger Menschen füreinander zu fördern. Der europäische Freiwilligendienst wird im Rahmen individueller oder kollektiver Projekte durchgeführt und soll den jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihrem persönlichen Engagement Ausdruck zu verleihen, sie aber gleichzeitig in Solidaritätsmaßnahmen der Union einbinden. Ferner trägt diese Aktion dazu bei, die Kooperation mit den freiwilligen Zivildiensten zu verstärken.

Die Aktion **„Jugend für die Welt“** fördert die Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses und das aktive Engagement der Jugendlichen – im Geiste der Öffnung gegenüber der Welt. Durch diese Aktion wird die Öffnung des Programms für Projekte mit den Nachbarländern des erweiterten Europas und für die Zusammenarbeit im Jugendbereich mit anderen Drittländern ermöglicht.

Die Aktion **„Sozialpädagogische Betreuer und Unterstützungssysteme“** will die Qualität der Unterstützungsstrukturen für junge Menschen verbessern. Sie ermöglicht die Förderung von auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätigen Einrichtungen,

insbesondere des Europäischen Jugendforums. Die Aktion trägt bei zur Entwicklung von Austausch-, Bildungs- und Informationsmaßnahmen für sozialpädagogische Betreuer, von Projekten zur Stimulation von Innovation und Qualität, von Partnerschaften mit regionalen oder lokalen Stellen und von Maßnahmen zur Aufwertung und Unterstützung der Programmstrukturen.

Die Aktion „**Förderung der politischen Zusammenarbeit**“ zielt darauf ab, die Kooperation im Bereich der Jugendpolitik zu stärken. Dies soll geschehen durch die Unterstützung des strukturierten Dialogs zwischen den jungen Menschen und den für Jugendpolitik Verantwortlichen, die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und durch Maßnahmen, die eine bessere Kenntnis des Jugendbereichs bewirken.

3.3. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

Das Programm greift im Wesentlichen dort, wo die Mitgliedstaaten nicht wirksam tätig werden können.

Es ergänzt die nationalen und regionalen Maßnahmen. In der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage werden entsprechende Maßnahmenvorschläge gemacht.

Der zusätzliche Nutzen auf europäischer Ebene ergibt sich aus der Art der Aktion. Die Mitgliedstaaten wären nicht in der Lage, eigenständig europaweite Mobilitätsmaßnahmen für junge Menschen, multilaterale Austauschmaßnahmen, einen europäischen Freiwilligendienst, die Vernetzung von Projekten, die europäische Weiterbildung von sozialpädagogischen Betreuern oder gar die Unterstützung europäischer nichtstaatlicher Jugendorganisationen zu organisieren.

Der europäische Zusatznutzen zeigt sich auch in einer Hebelwirkung für die einzelstaatlichen Maßnahmen, indem die Richtung vorgegeben (Priorität für benachteiligte junge Menschen, Jugendinitiativprojekte, Projekte zur partizipativen Demokratie usw.) und die politische Zusammenarbeit unterstützt wird (durch den strukturierten Dialog mit jungen Menschen, die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zivildiensten, durch Forschung usw.).

Der Multiplikatoreffekt des Programms ist beträchtlich, da die Begünstigten im Rahmen der Projekte eine europäische Dimension erwerben, die auch ihren Altersgenossen zugute kommen kann.

Die Durchführung des Programms im Jugendbereich umfasst außerdem Maßnahmen, um die politische Sichtbarkeit der jugendpolitischen Maßnahmen der Union deutlich zu verbessern.

3.4. Wahl des Instruments

Die Kommission möchte Konzeption und Durchführung der Gemeinschaftsinstrumente vereinfachen. In diesem Zusammenhang wurden bei der Ausarbeitung des neuen Programms mehrere Möglichkeiten ins Auge gefasst.

Die Zusammenlegung der Programme mit Bezug zur Bürgerschaft zu einem einzigen Rahmenprogramm wurde verworfen, da diese Vorgehensweise keine Vereinfachung mit sich bringt. Die unter den Begriff Bürgerschaft fallenden verschiedenen Bereiche, insbesondere Kultur und Jugend, sind unterschiedlichen Artikeln des

Vertrags zugeordnet, verfügen über spezielle Entscheidungs- und Verwaltungsverfahren und richten sich oft an unterschiedliche Zielgruppen.

Es wurde auch über eine Zusammenlegung mit den Bildungsprogrammen nachgedacht. Diese Möglichkeit wurde ebenfalls verworfen, da die Maßnahmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung vor allem die Bildungssysteme betreffen, während die jugendbezogenen Maßnahmen sich an alle jungen Menschen richten und innerhalb von weitaus flexibleren Strukturen durchgeführt werden. Darüber hinaus sind Bildung und Jugend in unterschiedlichen rechtlichen und administrativen Bereichen angesiedelt.

Daher erfüllt ein eigenständiges Programm im Jugendbereich mit Querverbindungen zu anderen Gemeinschaftsprogrammen am besten die Kriterien der Vereinfachung und Flexibilität.

3.5. Vereinfachung

Das künftige Programm wird im Vergleich zum derzeitigen Programm stark vereinfacht. Die neue Rechtsgrundlage deckt alle Aktivitäten ab, die derzeit von zwei unterschiedlichen Rechtsgrundlagen abgedeckt werden (Programm JUGEND und Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätigen Einrichtungen). Die vier derzeitigen Haushaltslinien werden durch eine einzige Haushaltslinie ersetzt.

Da das neue Programm die Zusammenarbeit im Jugendbereich fördern soll, ist die allgemeine Struktur der Rechtsgrundlage offen; sie umfasst eine Flexibilitätsklausel, damit das Programm erforderlichenfalls an neue Prioritäten angepasst werden kann.

Das neue Programm soll hauptsächlich dezentral verwaltet werden. Die zentralisierten Projekte werden von einer Exekutivagentur verwaltet. Die betreffenden Verwaltungsmodalitäten sind im Finanzbogen dargelegt.

Um die administrative Abwicklung des Programms zu vereinfachen, bezieht die vorgeschlagene Rechtsgrundlage die durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates über die Haushaltsordnung und die zugehörigen Durchführungsbestimmungen genehmigten Ausnahmeregelungen ein.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

Die Kosten des Programms belaufen sich auf 915 Mio. EUR für den Zeitraum 2007-2013 (880,6 Mio. EUR für die Programmaktionen und 34,4 Mio. EUR für die technische Unterstützung).

5. SCHLUSSFOLGERUNG

Die neue Rechtsgrundlage greift die wesentlichen Elemente des Programms JUGEND 2000-2006 auf und passt sie gemäß den Empfehlungen der Zwischenevaluierung, der öffentlichen Konsultation und der aus dem Weißbuch-Prozess resultierenden Innovationen an.

Diese Rechtsgrundlage ist so konzipiert, dass das Programm an die künftigen politischen Leitlinien im Jugendbereich angepasst werden kann.

Vorschlag für einen

BESCHLUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

**über die Durchführung des Programms „JUGEND IN AKTION“ im Zeitraum
2007-2013**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 149 Absatz 4,

auf Vorschlag der Kommission¹,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses²,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen³,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags⁴,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Durch den Vertrag wird eine Unionsbürgerschaft eingeführt und verfügt, dass die Maßnahmen der Gemeinschaft in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Jugend insbesondere den Ausbau des Jugendaustauschs und des Austauschs sozialpädagogischer Betreuer sowie eine qualitativ hochstehende Bildung fördern sollen.
- (2) Der Vertrag über die Europäische Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Die Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen muss zur Stärkung dieser Grundsätze beitragen.
- (3) Mit dem Beschluss Nr. 1031/2000/EG vom 13. April 2000 haben das Europäische Parlament und der Rat das gemeinschaftliche Aktionsprogramm „JUGEND“ eingerichtet⁵. Ausgehend von den Erfahrungen mit diesem Programm sollten die Zusammenarbeit und die Maßnahmen der Europäischen Union in diesem Bereich fortgeführt und verstärkt werden.

¹ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

² ABl. C [...] vom [...], S. [...].

³ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

⁴ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

⁵ ABl. L 117 vom 18.5.2000, S. 1.

- (4) Mit dem Beschluss Nr. 790/2004/EG vom 21. April 2004 haben das Europäische Parlament und der Rat ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätigen Einrichtungen eingeführt¹.
- (5) Auf der Sondertagung des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2000 in Lissabon wurde ein strategisches Ziel für die Union vereinbart, das unter anderem eine aktive Beschäftigungspolitik beinhaltet, die dem lebenslangen Lernen mehr Bedeutung einräumt. Es wurde auf der Tagung des Europäischen Rates am 15. und 16. Juni 2001 in Göteborg durch eine Strategie für nachhaltige Entwicklung vervollständigt.
- (6) Laut der Erklärung von Laeken in der Anlage zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 14. und 15. Dezember 2001 besteht eine der wichtigsten Herausforderungen für die Europäische Union darin, das europäische Projekt und die europäischen Organe den Bürgern und insbesondere den jungen Menschen näher zu bringen.
- (7) Am 21. November 2001 hat die Kommission ein Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ angenommen, in dem ein Rahmen für die Zusammenarbeit im Jugendbereich vorgeschlagen wird, der vorrangig die Partizipation, die Information, die Freiwilligentätigkeit von jungen Menschen und eine bessere Kenntnis des Jugendbereichs fördern soll; das Europäische Parlament hat diese Vorschläge in seiner Stellungnahme vom 14. Mai 2002 befürwortet.
- (8) In der Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten vom 27. Juni 2002² wird eine offene Koordinierungsmethode eingeführt, die die Prioritäten Partizipation, Information, freiwilliges Engagement der Jugendlichen und bessere Kenntnis des Jugendbereichs abdeckt; die entsprechenden Arbeiten sind bei der Durchführung dieses Programms zu berücksichtigen.
- (9) Der Rat hat in seinen Schlussfolgerungen vom 5. Mai 2003³ unterstrichen, dass die vorhandenen jugendspezifischen Gemeinschaftsinstrumente beibehalten und ausgebaut werden müssen, da sie für die Stärkung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Jugendbereich wichtig sind. Darüber hinaus sollten die Ziele und Prioritäten dieses Programms auf die Ziele und Prioritäten des Rahmens für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich abgestimmt werden.
- (10) Die Aktion der Gemeinschaft umfasst einen Beitrag zu einer qualitativ hochstehenden allgemeinen und beruflichen Bildung und muss gemäß Artikel 3 des Vertrages auf die Beseitigung von Ungleichheiten sowie auf die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen hinwirken.
- (11) Die besonderen Bedürfnisse behinderter Menschen sollten ausdrücklich berücksichtigt werden.
- (12) Die aktive Bürgerschaft muss gefördert und die Bekämpfung von Ausgrenzung in allen Formen, einschließlich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, muss verstärkt werden.

¹ ABl. L 138 vom 30.4.2004, S.24.

² ABl. C 168 vom 13.7.2002, S. 2.

³ ABl. C 115 vom 13.5.2003, S. 1.

- (13) Die Beitrittsländer und die EFTA-Länder, die Mitglieder des EWR sind, können gemäß den mit diesen Ländern geschlossenen Abkommen an den Gemeinschaftsprogrammen teilnehmen.
- (14) Der Europäische Rat von Thessaloniki vom 19. und 20. Juni 2003 hat die „Agenda von Thessaloniki für die westlichen Balkanstaaten: Auf dem Weg zur Europäischen Integration“ angenommen, laut der die Gemeinschaftsprogramme den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses auf der Grundlage von Rahmenabkommen offen stehen sollten, die die Gemeinschaft mit diesen Ländern schließt.
- (15) Es sollten Bestimmungen für die Teilnahme der Schweiz am Programm festgelegt werden.
- (16) In der auf der Europa-Mittelmeer-Konferenz im Jahr 1995 angenommenen Erklärung von Barcelona heißt es, dass künftige Generationen durch den Jugendaustausch auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den Partnern aus Europa und dem Mittelmeerraum vorbereitet werden sollten.
- (17) In seinen Schlussfolgerungen vom 16. Juni 2003 legt der Rat auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission *„Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“* folgende Aktionslinien der Europäischen Union fest: Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit sowie des gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung mit den Nachbarländern.
- (18) Die Zwischenevaluierung des derzeitigen Jugendprogramms und die öffentliche Konsultation zur Zukunft der Gemeinschaftsmaßnahmen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Jugend verdeutlichen einen dringenden und in einigen Aspekten wachsenden Bedarf an kontinuierlicher Zusammenarbeit und Mobilitätsmaßnahmen im Jugendbereich auf europäischer Ebene sowie den Wunsch nach einem einfacheren, benutzerfreundlicheren und flexibleren Konzept zur Umsetzung dieser Maßnahmen.
- (19) Das Programm sollte gemeinsam von der Kommission und den Mitgliedstaaten regelmäßig überprüft und bewertet werden, um Anpassungen zu ermöglichen, insbesondere bei den Prioritäten für die Durchführung der Maßnahmen.
- (20) Die Rechtsgrundlage des Programms muss ausreichend flexibel sein, damit die Aktionen während des Zeitraums 2007 bis 2013 erforderlichenfalls an die sich ändernden Bedürfnisse angepasst werden können und die unangemessen ausführlichen Bestimmungen der Vorläuferprogramme vermieden werden. Der Beschluss beschränkt sich daher auf eine allgemeine Beschreibung der Aktionen und der wichtigsten Verwaltungs- und Finanzbestimmungen.
- (21) Es gelten die besonderen Bestimmungen der Verordnung (EG, EURATOM) Nr. 1605/2002 des Rates¹ und ihrer Durchführungsbestimmungen sowie die Abweichungen von diesen Texten, die aufgrund der Merkmale der Zuschussempfänger und der Art der Maßnahmen erforderlich werden können.

¹ ABI. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

- (22) Es sind geeignete Maßnahmen durchzuführen, um Unregelmäßigkeiten und Betrug zu vermeiden und unrechtmäßig ausgezahlte oder verwendete Mittel einzuziehen.
- (23) Der Beschluss legt für die gesamte Laufzeit des Programms einen Finanzrahmen fest, der für die Haushaltsbehörde im Sinne von Ziffer 33 der interinstitutionellen Vereinbarung vom 6. Mai 1999 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens¹ den vorrangigen Bezugsrahmen bildet.
- (24) Die Ziele dieses Programms können von den Mitgliedstaaten allein nicht hinlänglich erreicht werden, da hierfür insbesondere multilaterale Partnerschaften, transnationale Mobilitätsmaßnahmen und der Informationsaustausch auf europäischer Ebene notwendig sind. Aufgrund der transnationalen und multilateralen Dimension der Aktionen und Maßnahmen dieses Programms können sie daher besser auf Gemeinschaftsebene verwirklicht werden. Die Gemeinschaft kann dabei unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips nach Artikel 5 EGV Maßnahmen beschließen. Unter Beachtung des im selben Artikel beschriebenen Prinzips der Verhältnismäßigkeit geht der Beschluss nicht über das für die Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.
- (25) Die für die Durchführung dieses Beschlusses notwendigen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse festgesetzt werden.
- (26) Es sind Übergangsbestimmungen für die Weiterführung der vor dem 31. Dezember 2006 auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 1031/2000/EG und des Beschlusses Nr. 790/2004/EG vom 21. April 2004 eingeleiteten Aktionen festzulegen –

BESCHLIESSEN:

Artikel 1

[Festlegung des Programms]

1. Mit diesem Beschluss wird das gemeinschaftliche Aktionsprogramm „JUGEND IN AKTION“ – nachstehend „das Programm“ genannt – festgelegt. Ziel des Programms ist der Ausbau der Politik der Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Europäischen Union.
2. Die Laufzeit des Programms beginnt am 1. Januar 2007 und endet am 31. Dezember 2013.

¹ ABl. C 172 vom 18.6.1999, S. 1.

Artikel 2

[Allgemeine Ziele des Programms]

1. Mit dem Programm werden folgende allgemeine Ziele verfolgt:
 - a) Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen im Allgemeinen und ihrer europäischen Bürgerschaft im Besonderen;
 - b) Entwicklung der Solidarität junger Menschen, insbesondere zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Europäischen Union;
 - c) Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Völker durch die jungen Menschen;
 - d) Beitrag zur Entwicklung der Qualität der Systeme zur Unterstützung der Aktivitäten junger Menschen und der Kompetenzen der Organisationen der Zivilgesellschaft im Jugendbereich;
 - e) Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik.
2. Die allgemeinen Ziele ergänzen die Ziele in anderen Tätigkeitsbereichen der Europäischen Union, insbesondere in der allgemeinen und beruflichen Bildung vor dem Hintergrund eines Europas des Wissens und des lebenslangen Lernens sowie in Kultur und Sport.
3. Die allgemeinen Ziele des Programms tragen zur Durchführung der Maßnahmen der Union bei, insbesondere der Maßnahmen zur Anerkennung der kulturellen und multikulturellen Vielfalt Europas, zur Bekämpfung von Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse oder ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sowie zur Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung.

Artikel 3

[Einzelziele des Programms]

Mit dem Programm werden folgende Einzelziele verfolgt:

1. Im Rahmen des allgemeinen Ziels „Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen im Allgemeinen und ihrer europäischen Bürgerschaft im Besonderen“:
 - a) Möglichkeit für junge Menschen und ihre Interessenvertretungen, sich an der Entwicklung der Gesellschaft und der Europäischen Union zu beteiligen;
 - b) Entwicklung eines Gefühls der Zugehörigkeit zur Europäischen Union bei den jungen Menschen;
 - c) Ausweitung der Mobilität junger Menschen in Europa;
 - d) Entwicklung des interkulturellen Lernens bei jungen Menschen;

- e) Förderung grundlegender Werte der Union bei den jungen Menschen;
 - f) Förderung von Eigeninitiative, Unternehmungsgeist und Kreativität;
 - g) Teilnahme benachteiligter junger Menschen am Programm;
 - h) Beachtung der Chancengleichheit von Frauen und Männern bei der Teilnahme am Programm und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Zuge der Maßnahmen.
2. Im Rahmen des allgemeinen Ziels „Entwicklung der Solidarität junger Menschen, insbesondere zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts der Europäischen Union“:
- a) Möglichkeit für junge Menschen, ihr persönliches Engagement im Rahmen von Freiwilligentätigkeiten auf europäischer und internationaler Ebene zum Ausdruck zu bringen;
 - b) Einbeziehung junger Menschen in die Solidaritätsmaßnahmen der Europäischen Union;
 - c) Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen Zivil- und Freiwilligendiensten für junge Menschen auf nationaler Ebene.
3. Im Rahmen des allgemeinen Ziels „Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Völker durch die jungen Menschen“:
- a) Ausbau von Austauschmaßnahmen und eines interkulturellen Dialogs zwischen den jungen Menschen in Europa und in den Nachbarländern;
 - b) Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Unterstützungsstrukturen im Jugendbereich und der Arbeit der sozialpädagogischen Betreuer in diesen Ländern;
 - c) Entwicklung einer thematischen Zusammenarbeit mit anderen Ländern, in die junge Menschen und sozialpädagogische Betreuer einbezogen werden.
4. Im Rahmen des allgemeinen Ziels „Beitrag zur Entwicklung der Qualität der Systeme zur Unterstützung der Aktivitäten junger Menschen und der Kompetenzen der Organisationen der Zivilgesellschaft im Jugendbereich“:
- a) Beitrag zur Vernetzung der Organisationen;
 - b) Förderung der Ausbildung und Zusammenarbeit der sozialpädagogischen Betreuer;
 - c) Förderung der Innovation bei Jugendaktivitäten;
 - d) Beitrag zur besseren Information der jungen Menschen;
 - e) Bemühung um eine bessere Anerkennung der nichtformalen Bildung junger Menschen.
5. Im Rahmen des allgemeinen Ziels „Förderung der europäischen Zusammenarbeit in der Jugendpolitik“:

- a) Förderung des Austauschs vorbildlicher Praktiken und der Zusammenarbeit zwischen Behörden und politisch Verantwortlichen;
- b) Förderung des strukturierten Dialogs zwischen den zuständigen Politikern und den jungen Menschen;
- c) Verbesserung der Kenntnisse über den Jugendbereich.

Artikel 4

[Aktionen des Programms]

Um die allgemeinen Programmziele und Einzelziele zu verwirklichen, werden die folgenden Aktionen durchgeführt, die im Anhang näher ausgeführt sind.

1. Jugend für Europa

Ziel dieser Aktion ist die Unterstützung des Jugendaustauschs, um die Mobilität junger Menschen zu verbessern, sowie von Jugendinitiativen, Projekten und Aktivitäten zur Beteiligung am demokratischen Leben, um die aktive Bürgerschaft und das gegenseitige Verständnis zu entwickeln.

2. Europäischer Freiwilligendienst

Ziel dieser Aktion ist die stärkere Beteiligung junger Menschen an verschiedenen Arten von Freiwilligentätigkeiten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

3. Jugend für die Welt

Mit dieser Aktion sollen Projekte mit den Partnerländern des Programms gemäß Artikel 5 gefördert werden, insbesondere der Austausch von jungen Menschen und sozialpädagogischen Betreuern, die Unterstützung von Initiativen zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses junger Menschen und ihres Solidaritätssinns sowie die Entwicklung der Zusammenarbeit im Jugendbereich und in der Zivilgesellschaft in den genannten Ländern.

4. Sozialpädagogische Betreuer und Unterstützungssysteme

Ziel dieser Aktion ist die Unterstützung der auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätigen Einrichtungen, insbesondere der Arbeit nichtstaatlicher Jugendorganisationen, und deren Vernetzung, Austausch und Ausbildung sowie die Vernetzung der sozialpädagogischen Betreuer, die Förderung der Innovation und der Qualität der Maßnahmen, die Information der jungen Menschen und der Aufbau der für die Erreichung der Programmziele erforderlichen Strukturen und Aktivitäten.

5. Unterstützung der politischen Zusammenarbeit

Ziel dieser Aktion ist die Organisation des Dialogs zwischen den Akteuren des Jugendbereichs, insbesondere den jungen Menschen, den sozialpädagogischen Betreuern und den politisch Verantwortlichen, die Förderung der politischen Zusammenarbeit im Jugendbereich und die Durchführung von Maßnahmen sowie die Vernetzung, die für eine bessere Kenntnis des Jugendbereichs erforderlich sind.

*Artikel 5***[Teilnahme am Programm]**

1. Am Programm beteiligen können sich die folgenden Länder, die nachstehend als „die am Programm teilnehmenden Länder“ bezeichnet werden:
 - a) die Mitgliedstaaten;
 - b) gemäß den Bestimmungen des EWR-Abkommens die EFTA-Staaten, die Mitglieder des EWR sind;
 - c) die Türkei und die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer im Rahmen der Heranführungsstrategie, gemäß den allgemeinen Grundsätzen und den allgemeinen Bedingungen und Bestimmungen für die Teilnahme dieser Länder an den Gemeinschaftsprogrammen, die im Rahmenabkommen und in den Beschlüssen der Assoziierungsräte festgelegt sind;
 - d) die westlichen Balkanländer gemäß den Bestimmungen, die mit diesen Ländern nach dem Abschluss von Rahmenabkommen über ihre Beteiligung an Gemeinschaftsprogrammen festzulegen sind;
 - e) die Schweiz, sofern ein bilaterales Abkommen mit diesem Land geschlossen wird.
2. An den in Ziffer 2.1, 2.2 und 3 des Anhangs aufgeführten Aktionen können Länder teilnehmen, die mit der Europäischen Gemeinschaft Assoziierungs- oder Kooperationsabkommen geschlossen haben und im Folgenden „Partnerländer des Programms“ genannt werden.

Für die in Absatz 1 genannte Zusammenarbeit sind gegebenenfalls finanzielle Beiträge zu entrichten, die gemäß den mit den Partnerländern des Programms zu vereinbarenden Verfahren bereitzustellen sind.

*Artikel 6***[Zugang zum Programm]**

1. Das Programm richtet sich an junge Menschen, Jugendgruppen, sozialpädagogische Betreuer, Jugendorganisationen und sonstige im Jugendbereich tätige Partner.
2. Unbeschadet der im Anhang festgelegten Bestimmungen für die Durchführung der Aktionen richtet sich das Programm an junge Menschen zwischen 13 und 30 Jahren.
3. Die Zuschussempfänger müssen rechtmäßig in einem am Programm teilnehmenden Land oder je nach Art der Aktion in einem Partnerland des Programms wohnhaft sein.
4. Alle jungen Menschen müssen unter Beachtung der im Anhang festgelegten Bedingungen unterschiedslos Zugang zu den Programmaktivitäten erhalten. Die Kommission und die am Programm teilnehmenden Länder sorgen dafür, dass besondere Vorkehrungen für junge Menschen getroffen werden, die sich aus

bildungspolitischen, sozialen, physischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder geografischen Gründen nur sehr schwer am Programm teilnehmen können.

5. Die am Programm teilnehmenden Länder treffen die erforderlichen Maßnahmen, um Mobilitätshindernisse der Teilnehmer zu beseitigen, damit diese Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten und sozialversichert bleiben sowie reisen und sich im Gastland aufhalten können. Dies betrifft insbesondere das Einreise- und Aufenthaltsrecht und die Möglichkeit, sich frei zu bewegen. Die am Programm teilnehmenden Länder treffen die erforderlichen Maßnahmen, um den Aufenthalt von Zuschussempfängern aus Drittländern in ihrem Hoheitsgebiet zu ermöglichen.

Artikel 7

[Internationale Zusammenarbeit]

Im Rahmen des Programms ist auch offen für eine Zusammenarbeit mit für Jugendfragen zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat.

Artikel 8

[Durchführung des Programms]

1. Die Kommission sichert die Durchführung der Aktionen dieses Programms im Einklang mit dem Anhang.
2. Die Kommission und die am Programm teilnehmenden Länder treffen geeignete Maßnahmen zum Aufbau von Strukturen auf europäischer, nationaler und gegebenenfalls regionaler und lokaler Ebene, damit die Programmziele verwirklicht werden und um die Programmaktionen auszuwerten.
3. Die Kommission und die am Programm teilnehmenden Länder treffen geeignete Maßnahmen, um die Anerkennung nicht formaler und informeller Bildungserfahrungen junger Menschen zu fördern, insbesondere durch Ausstellung landes- oder europaweit gültiger Bescheinigungen oder Zeugnisse zur Anerkennung der erworbenen Erfahrung und zur Bestätigung der unmittelbaren Beteiligung der jungen Menschen oder der sozialpädagogischen Betreuer an einer Programmaktion.
4. Die Kommission und die am Programm teilnehmenden Länder sorgen durch die Festlegung wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender Maßnahmen für den Schutz der finanziellen Interessen der Union.
5. Die Kommission und die am Programm teilnehmenden Länder achten darauf, dass die vom Programm unterstützten Aktionen in geeigneter Weise bekannt und publik gemacht werden.
6. Die am Programm teilnehmenden Länder müssen:
 - a) die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den reibungslosen Ablauf des Programms auf nationaler Ebene sicherzustellen, unter Einbeziehung der mit Jugendfragen befassten Akteure gemäß den nationalen Gepflogenheiten;

- b) Nationale Agenturen für die Gesamtkoordinierung der Durchführung der Programmaktionen auf nationaler Ebene einrichten oder solche Agenturen benennen und für deren Überprüfung sorgen, und zwar in Übereinstimmung mit Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates und nach Maßgabe der folgenden Kriterien:
- i) als Nationale Agenturen eingerichtete oder benannte Organisationen müssen Rechtspersönlichkeit besitzen (und dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats unterliegen). Ministerien können nicht als Nationale Agenturen benannt werden;
 - ii) die Nationalen Agenturen müssen über eine angemessene Zahl von Mitarbeitern verfügen, die die notwendigen Fach- und Sprachkenntnisse für die Arbeit im Bereich der internationalen Zusammenarbeit besitzen;
 - iii) sie müssen über eine geeignete Infrastruktur verfügen, insbesondere in Bezug auf Informationstechnologie und Kommunikationsmittel;
 - iv) sie müssen in einem administrativen Umfeld arbeiten, das es ihnen ermöglicht, ihre Aufgaben in zufrieden stellender Weise auszuführen und Interessenkonflikte zu vermeiden;
 - v) sie müssen in der Lage sein, die auf Gemeinschaftsebene festgelegten Vertragsbedingungen und Regeln für das Finanzmanagement einzuhalten;
 - vi) sie müssen hinlängliche finanzielle Sicherheiten bieten (die vorzugsweise von einer Behörde gestellt werden), und ihre Managementkapazität muss in einem angemessenen Verhältnis zur Höhe der Gemeinschaftsmittel stehen, mit deren Verwaltung sie beauftragt werden;
- c) die Verantwortung dafür tragen, dass die unter Buchstabe b genannten Nationalen Agenturen die ihnen für die Projektförderung anvertrauten Mittel ordnungsgemäß verwalten, sowie insbesondere dafür, dass die Nationalen Agenturen die Grundsätze der Transparenz, der Gleichbehandlung und der Vermeidung von Doppelfinanzierungen mit anderen Förderinstrumenten der Gemeinschaft einhalten, dass sie gegebenenfalls der Verpflichtung nachkommen, sämtliche von den Empfängern zurückzuzahlenden Mittel einzuziehen;
- d) notwendige Maßnahmen ergreifen, damit die unter Buchstabe b genannten Nationalen Agenturen in angemessener Weise kontrolliert werden und einer entsprechenden Finanzaufsicht unterliegen, insbesondere:
- i) geben sie der Kommission, bevor die Nationale Agentur ihre Arbeit aufnimmt, die notwendigen Zusicherungen in Bezug auf die Existenz und die Eignung der Agentur, die Funktionsfähigkeit der dort angewandten Verfahren sowie – im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung – der Kontrollmechanismen, der Rechnungsführungssysteme und der Modalitäten für die Auftragsvergabe und die Gewährung von Finanzhilfen;

- ii) legen sie der Kommission am Ende jedes Haushaltsjahres eine Erklärung über die Zuverlässigkeit der Finanzsysteme und -verfahren der Nationalen Agenturen sowie über die Richtigkeit ihrer Rechnungsführung vor;
 - e) im Falle von Unregelmäßigkeiten sowie von fahrlässigen oder betrügerischen Handlungen der in Buchstabe b genannten Nationalen Agentur, die zu offenen Forderungen der Kommission gegenüber der Nationalen Agentur führen, für die ausstehenden Mittel haften.
7. Im Rahmen des Verfahrens von Artikel 9 Absatz 1 kann die Kommission für jede der im Anhang genannten Aktionen Leitlinien festlegen, die auf der Weiterentwicklung der Prioritäten für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich basieren, um die Programmaktionen an diese Entwicklung anzupassen.

Artikel 9

[Durchführungsmaßnahmen]

1. Die für die Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die nachstehenden Punkte werden gemäß dem Verwaltungsverfahren von Artikel 10 Absatz 2 festgelegt.
 - a) Bestimmungen für die Durchführung des Programms, einschließlich des jährlichen Arbeitsplans;
 - b) allgemeine Ausgewogenheit zwischen den Programmaktionen;
 - c) Kriterien (insbesondere junge Bevölkerung, BIP und geografische Entfernung zwischen den Ländern) für die vorläufige Verteilung der Mittel für die dezentral verwalteten Maßnahmen auf die Mitgliedstaaten;
 - d) Bestimmungen für die Evaluierung des Programms;
 - e) Bestimmungen für die Bescheinigung der Teilnahme der jungen Menschen an den Aktionen;
 - f) Bestimmungen für die Anpassung der Programmaktionen gemäß Artikel 8 Absatz 7.
2. Die für die Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen in Bezug auf die anderen Punkte werden gemäß dem Konsultationsverfahren von Artikel 10 Absatz 3 festgelegt.

Artikel 10

[Ausschuss]

1. Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt, der sich aus den Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.

2. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 4 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG.

Die in Artikel 4 Absatz 3 des Beschlusses 1999/468/EG vorgesehene Frist wird auf zwei Monate festgelegt.
3. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 3 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG, unter Berücksichtigung der Bestimmungen von Artikel 8.
4. Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 11

[Komplementarität mit anderen Gemeinschaftsinstrumenten]

1. Die Kommission sorgt für die Verbindung zwischen dem Programm und anderen gemeinschaftlichen Aktionsbereichen, insbesondere den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung, Kultur, Sport, Sprachen, soziale Integration, Chancengleichheit, Bekämpfung von Diskriminierungen, Forschung, Unternehmen und Außenbeziehungen der Union.
2. Das Programm kann Mittel mit anderen Gemeinschaftsinstrumenten zusammenlegen, um Maßnahmen durchzuführen, die gemeinsamen Zielen des Programms und dieser Instrumente entsprechen.
3. Die Kommission und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sorgen für die Herausstellung der Programmaktionen, die zur Verwirklichung der Ziele anderer gemeinschaftlicher Aktionsbereiche wie allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Sport beitragen.

Artikel 12

[Komplementarität mit nationalen Politiken und Instrumenten]

1. Die am Programm teilnehmenden Länder können für nationale und regionale Maßnahmen gemäß Artikel 4 ein europäisches Gütesiegel erhalten.
2. Ein am Programm teilnehmendes Land kann für die betreffenden Empfänger nationale Mittel bereitstellen, die gemäß den Programmvorschriften verwaltet werden, und dafür die dezentralen Strukturen des Programms in Anspruch nehmen, sofern es sich anteilmäßig an deren Finanzierung beteiligt.

Artikel 13

[Allgemeine Finanzbestimmungen]

1. Der Finanzrahmen für die Durchführung dieses Programms wird für den in Artikel 1 vorgesehenen Zeitraum auf 915 Mio. EUR festgelegt.
2. Die jährlichen Mittel werden von der Haushaltsbehörde innerhalb der durch die finanzielle Vorausschau gesetzten Grenzen bewilligt.

Artikel 14

[Finanzbestimmungen für Zuschussempfänger]

1. Nach Artikel 114 Absatz 1 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates¹ kommen juristische Personen für eine Förderung im Rahmen des Programms in Frage.
2. Nach Artikel 176 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission² kann die Kommission je nach Art der Zuschussempfänger und der Maßnahmen entscheiden, ob diese von der Überprüfung der für die vollständige Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahme bzw. des vorgeschlagenen Arbeitsprogramms erforderlichen Fachkenntnisse und beruflichen Qualifikationen befreit werden kann.
3. Je nach Art der Maßnahme können die Finanzhilfen in Form von Zuschüssen oder Stipendien geleistet werden. Die Kommission kann außerdem Auszeichnungen für Maßnahmen oder Projekte vergeben, die im Rahmen des Programms durchgeführt werden. Nach Artikel 181 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission und je nach Art der Maßnahme können Pauschalfinanzierungen und/oder die Anwendung von Richtsätzen für Kosten je Einheit genehmigt werden.
4. Betriebskostenzuschüsse, die im Rahmen dieses Programms an auf europäischer Ebene tätige Einrichtungen gemäß Artikel 162 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2342/2002 der Kommission vergeben werden, werden bei Verlängerung nicht

¹ ABl. L 248 vom 16.9.2002, S. 1.

² ABl. L 357 vom 31.12.2002, S. 1.

zwangsläufig gemäß Artikel 113 Absatz 2 der Verordnung Nr. 1605/2002 des Rates degressiv angesetzt.

5. Nach Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe c der Verordnung Nr. 1605/2002 kann die Kommission hoheitliche Aufgaben, insbesondere Haushaltsvollzugsaufgaben, auf die in Artikel 8 Absatz 2 genannten Einrichtungen übertragen.
6. Nach Artikel 38 Absatz 1 der Verordnung Nr. 2342/2002 gilt die im oben stehenden Absatz 5 beschriebene Möglichkeit auch für Einrichtungen der am Programm teilnehmenden Länder, die nicht den Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten oder der Mitgliedsländer des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder der beitrittswilligen Länder unterliegen.

Artikel 15

[Überprüfung und Evaluierung]

1. Die Kommission überprüft regelmäßig die Durchführung des Programms. Diese Überprüfung umfasst die in Absatz 3 genannten Berichte sowie spezifische weitere Aktivitäten.
2. Die Kommission sorgt für eine regelmäßige, unabhängige und externe Evaluierung des Programms.
3. Die am Programm teilnehmenden Länder übermitteln der Kommission bis spätestens 30. Juni 2010 einen Bericht über die Durchführung des Programms und bis spätestens 30. Juni 2015 einen Bericht über die Wirkung des Programms.
4. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen folgende Berichte vor:
 - a) einen Zwischenbericht mit der Evaluierung der erzielten Ergebnisse und über qualitative und quantitative Aspekte der Durchführung dieses Programms bis spätestens 31. März 2011;
 - b) eine Mitteilung über die Fortsetzung dieses Programms bis spätestens 31. Dezember 2011;
 - c) einen Bericht über die Ex-post-Evaluierung bis spätestens 31. März 2016.

Artikel 16

[Übergangsbestimmung]

Die vor dem 31. Dezember 2006 auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 1031/2000/EG oder des Beschlusses Nr. 790/2004/EG vom 21. April 2004 eingeleiteten Maßnahmen werden bis zu ihrem Abschluss gemäß den Bestimmungen dieser Beschlüsse weitergeführt. Der nach Artikel 8 des Beschlusses Nr. 1031/2000/EG eingesetzte Ausschuss wird durch den in Artikel 10 dieses Beschlusses eingesetzten Ausschuss ersetzt.

Artikel 17

[Inkrafttreten]

Dieser Beschluss tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft und gilt ab 1. Januar 2007.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Europäischen Parlaments
Der Präsident

Im Namen des Rates
Der Präsident

ANHANG

Im Rahmen der Aktionen zur Verwirklichung der allgemeinen Ziele und der Einzelziele des Programms werden Projekte begrenzten Umfangs unterstützt, die die aktive Beteiligung junger Menschen fördern.

Die Teilnahme junger Menschen an den Programmaktionen erfordert keine vorherigen Erfahrungen oder Qualifikationen, es sei denn in bestimmten Ausnahmefällen, die in den Aktionen angegeben sind.

Die Aktionen umfassen die folgenden Maßnahmen:

AKTION 1 - Jugend für Europa

Diese Aktion zielt auf die Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen und des gegenseitigen Verständnisses von jungen Menschen durch die nachstehenden Maßnahmen ab.

1.1. Jugendaustausch

Der Jugendaustausch ermöglicht einer oder mehreren Jugendgruppen, zu Gast bei einer Gruppe eines anderen Landes zu sein und gemeinsame Aktivitäten durchzuführen. Er richtet sich grundsätzlich an junge Menschen zwischen 13 und 25 Jahren.

Die Aktivitäten, die auf transnationalen Partnerschaften der verschiedenen Akteure eines Projekts basieren, zielen auf die aktive Beteiligung der jungen Menschen ab und sollen ihnen ermöglichen, unterschiedliche soziale und kulturelle Realitäten zu erfahren und kennen zu lernen und gleichzeitig voneinander zu lernen und das Bewusstsein für ihre europäische Bürgerschaft zu stärken. Im Rahmen der Aktion werden vorrangig multilaterale Mobilitätsmaßnahmen für Gruppen unterstützt.

Der bilaterale Austausch von Jugendgruppen ist vor allem dann sinnvoll, wenn es sich um eine erste Aktivität auf europäischer Ebene handelt oder kleine oder lokale Vereinigungen beteiligt sind, die über keine Erfahrung auf europäischer Ebene verfügen. Bilaterale Austauschmaßnahmen eignen sich ebenfalls für benachteiligte junge Menschen, die so stärker in das Programm einbezogen werden können.

Im Rahmen des Austauschs werden ferner Vorbereitungsmaßnahmen, zur Förderung der aktiven Beteiligung der jungen Menschen an den Projekten, insbesondere sprachlicher und interkultureller Natur, sowie transnationale Jugendtreffen unterstützt, auf denen wichtige Themen für die Zukunft junger Menschen und die Zukunft Europas erörtert werden.

1.2. Unterstützung von Jugendinitiativen

Im Rahmen dieser Maßnahme werden Projekte unterstützt, bei denen junge Menschen aktiv und direkt von ihnen selbst konzipierte Aktivitäten durchführen, deren Hauptakteure sie sind, um so ihre Eigeninitiative, ihren Unternehmungsgeist und ihre Kreativität zu entwickeln. Die Maßnahme richtet sich grundsätzlich an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. An bestimmten Jugendinitiativen können bei geeigneter Betreuung beispielsweise auch junge Menschen ab 16 Jahren teilnehmen.

Die Maßnahme ermöglicht die Unterstützung von Gruppeninitiativen, die auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene konzipiert wurden, sowie die Vernetzung vergleichbarer Projekte in verschiedenen Ländern. Ziel ist die Stärkung der europäischen Dimension der Initiativen und die Förderung von Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch zwischen jungen Menschen.

Besondere Aufmerksamkeit genießen benachteiligte junge Menschen.

1.3. Projekte der partizipativen Demokratie

Im Rahmen dieser Maßnahme werden Projekte oder Aktivitäten unterstützt, die die Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben fördern sollen. Die Projekte und Aktivitäten zielen auf die aktive Teilnahme junger Menschen am Leben der jeweiligen lokalen, regionalen oder nationalen Gemeinschaft ab.

Die Maßnahme richtet sich grundsätzlich an junge Menschen zwischen 13 und 30 Jahren.

Die Aktivitäten oder Projekte basieren auf transnationalen Partnerschaften, die Ideen, Erfahrungen und vorbildliche Verfahren lokaler oder regionaler Aktivitäten oder Projekte zur besseren Beteiligung junger Menschen auf den verschiedenen Ebenen zusammenführen sollen. Im Rahmen dieser Aktivitäten können Konsultationen junger Menschen über ihre Bedürfnisse und Wünsche organisiert werden, um neue Konzepte für ihre aktive Teilnahme an einem demokratischen Europa zu entwickeln.

AKTION 2 - Europäischer Freiwilligendienst

Freiwilligentätigkeiten sollen durch die nachstehenden Maßnahmen die Solidarität junger Menschen entwickeln, ihre aktive Bürgerschaft fördern und dem gegenseitigen Verständnis der jungen Menschen zugute kommen.

2.1. Individueller europäischer Freiwilligendienst

Die Freiwilligen nehmen außerhalb ihres eigenen Landes an einer nicht gewinnorientierten und nicht bezahlten Tätigkeit teil, die der Allgemeinheit zugute kommt. Der Europäische Freiwilligendienst darf nicht zum Abbau potenzieller oder bestehender bezahlter Arbeitsplätze führen oder diese ersetzen.

Der Europäische Freiwilligendienst hat eine Dauer von mehreren Monaten bis zu einem Jahr. In begründeten Fällen sind auch kürzere Einsätze möglich, insbesondere, um die Teilnahme benachteiligter junger Menschen zu fördern.

Diese Maßnahme richtet sich grundsätzlich an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. An bestimmten Jugendinitiativen können bei geeigneter Betreuung beispielsweise auch junge Menschen ab 16 Jahren teilnehmen.

Die Maßnahme „Europäischer Freiwilligendienst“ deckt insbesondere – ganz oder teilweise – die Vergütung der Freiwilligen, ihre Versicherung, die Reise- und Unterhaltskosten sowie gegebenenfalls einen weiteren Zuschuss für benachteiligte junge Menschen ab.

Im Rahmen der Maßnahme werden außerdem Tätigkeiten mit dem Ziel unterstützt, die Freiwilligen vor allem vor ihrer Abreise zu schulen und die verschiedenen Partner zu koordinieren. Gegebenenfalls können auch Initiativen weiterverfolgt werden, die auf den im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes gemachten Erfahrungen aufbauen.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission sorgen für die Einhaltung bestimmter Qualitätsstandards: die Freiwilligentätigkeit beinhaltet eine nicht formale Bildungserfahrung, die aus pädagogischen Maßnahmen, die die jungen Menschen in persönlicher, interkultureller und fachlicher Hinsicht vorbereiten sollen, sowie einer fortlaufenden persönlichen Betreuung besteht. Besonders wichtig sind die Partnerschaft zwischen den am Projekt beteiligten Akteuren sowie die Vermeidung von Risiken.

2.2. Europäischer Freiwilligendienst für Gruppen

Mit dieser Maßnahme werden Freiwilligenprojekte unterstützt, die dieselben Merkmale wie die unter Punkt 2.1 beschriebenen Projekte aufweisen und Gruppen von jungen Menschen

ermöglichen, gemeinsam an europaweiten oder internationalen Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Sport, Zivilschutz, Umwelt, Entwicklungshilfe usw. teilzunehmen.

Die Maßnahme richtet sich grundsätzlich an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren.

Je nach Aufgaben und Situationen, in denen die Freiwilligen eingesetzt werden, kann es sinnvoll sein, für bestimmte Freiwilligenprojekte Bewerber mit speziellen Qualifikationen auszuwählen.

2.3. Zusammenarbeit zwischen Zivil- und Freiwilligendiensten

Mit dieser Maßnahme wird die Zusammenarbeit zwischen nationalen und internationalen Freiwilligendiensten unterstützt. Durch das Programm können die Verbesserung von Synergien und die Schaffung von Kompatibilität zwischen den verschiedenen Formen des freiwilligen Zivildienstes auf europäischer und einzelstaatlicher Ebene gefördert werden, um die europäische Dimension zu stärken.

AKTION 3 - Jugend für die Welt

Ziel dieser Aktion ist die Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses der Völker – im Geiste der Öffnung gegenüber der Welt – indem gleichzeitig zur Entwicklung qualitativ hochwertiger Systeme, die die Jugendaktivitäten in den betreffenden Ländern unterstützen, beigetragen wird. An der Aktion können die Partnerländer des Programms teilnehmen.

3.1. Zusammenarbeit mit den Nachbarländern des erweiterten Europa

Mit dieser Maßnahme werden Projekte mit den Partnerländern des Programms unterstützt, die Nachbarländer des erweiterten Europa sind¹.

Gefördert wird der – grundsätzlich multilaterale – Jugendaustausch, der mehreren Gruppen junger Menschen aus den am Programm teilnehmenden Ländern und aus den Nachbarländern Europas ermöglicht, ein gemeinsames Tätigkeitsprogramm zu verwirklichen. Die Maßnahme richtet sich grundsätzlich an junge Menschen zwischen 13 und 25 Jahren. Die Tätigkeiten, die auf transnationalen Partnerschaften zwischen den Akteuren eines Projekts basieren, beinhalten die vorherige Schulung von Führungskräften und die aktive Beteiligung junger Menschen und sollen ihnen ermöglichen, unterschiedliche gesellschaftliche und kulturelle Realitäten zu erfahren und kennen zu lernen. Bezuschusst werden können Maßnahmen zur Förderung der aktiven Teilnahme junger Menschen an den Projekten, insbesondere, wenn es sich um sprachliche und interkulturelle Vorbereitungsmaßnahmen handelt.

Sofern angemessene nationale Verwaltungsstellen in den Nachbarländern eingerichtet werden, können Initiativen von jungen Menschen oder Jugendgruppen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene unterstützt werden, wenn sie mit vergleichbaren Initiativen in den am Programm teilnehmenden Ländern vernetzt werden. Es handelt sich dabei um Aktivitäten, die die jungen Menschen selbst konzipiert haben und deren Hauptakteure sie sind. Diese Maßnahme richtet sich grundsätzlich an junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. An bestimmten Jugendinitiativen können bei geeigneter Betreuung beispielsweise auch junge Menschen ab 16 Jahren teilnehmen.

Mit der Maßnahme werden Aktivitäten unterstützt, die die Fähigkeiten nichtstaatlicher Organisationen im Jugendbereich und deren Vernetzung fördern sollen. Damit wird deren Bedeutung für die Entwicklung der Zivilgesellschaft in den Nachbarländern anerkannt. Ziel ist die Ausbildung der sozialpädagogischen Betreuer sowie der Austausch von Erfahrungen, Fachkenntnissen und vorbildlichen Verfahren zwischen diesen Betreuern. Gefördert werden

¹ Vorbehaltlich künftiger Entwicklungen gelten als Nachbarländer: Belarus, Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Gebiete, Syrien und Tunesien.

Tätigkeiten, die die Einrichtung von dauerhaften und qualitativ hochwertigen Projekten und Partnerschaften ermöglichen.

Ferner sollen Projekte unterstützt werden, die Innovation und Qualität fördern und auf die Durchführung und Weiterentwicklung innovativer Konzepte im Jugendbereich abzielen.

Eine finanzielle Unterstützung kann für Informationsmaßnahmen für junge Menschen und sozialpädagogische Betreuer gewährt werden.

Die Maßnahme unterstützt auch Tätigkeiten im Bereich der jugendpolitischen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Ziel dieser Aktivitäten ist insbesondere die Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs von Ideen und vorbildlichen Verfahren im Jugendbereich sowie anderer Maßnahmen zur Valorisierung und Verbreitung der Projektergebnisse und Tätigkeiten der betreffenden Länder im Jugendbereich.

3.2. Zusammenarbeit mit anderen Ländern

Im Rahmen dieser Maßnahme wird die jugendpolitische Zusammenarbeit mit den Partnerländern des Programms unterstützt, insbesondere der Austausch vorbildlicher Verfahren.

Gefördert werden der Austausch sozialpädagogischer Betreuer und ihre Ausbildung sowie der Aufbau von Partnerschaften und Netzen von Jugendorganisationen.

Auf thematischer Basis können multilaterale Jugendaustauschmaßnahmen zwischen diesen Ländern und den am Programm teilnehmenden Ländern durchgeführt werden.

Unterstützt werden Aktivitäten mit potenzieller Multiplikatorwirkung.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit industrialisierten Ländern werden aus dieser Maßnahme nur die europäischen Projektteilnehmer finanziert.

AKTION 4 - Sozialpädagogische Betreuer und Unterstützungssysteme

Ziel dieser Aktion ist die Weiterentwicklung der Strukturen zur Unterstützung junger Menschen, die Unterstützung der Arbeit der sozialpädagogischen Betreuer, die Verbesserung der Qualität des Programms und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen auf europäischer Ebene durch die Förderung von auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätigen Einrichtungen.

4.1. Förderung von auf europäischer Ebene im Jugendbereich tätigen Einrichtungen

Im Rahmen dieser Maßnahme werden nichtstaatliche europaweit tätige Jugendorganisationen unterstützt, die Ziele von allgemeinem europäischem Interesse verfolgen. Die Tätigkeiten dieser Organisationen müssen insbesondere einen Beitrag zur aktiven Beteiligung der jungen Staatsbürger am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben sowie zur Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich im weitesten Sinne leisten.

Um einen Betriebskostenzuschuss zu erhalten, muss eine Einrichtung folgende Bedingungen erfüllen:

- die Einrichtung muss seit mindestens einem Jahr rechtmäßig bestehen;
- es muss sich um eine Einrichtung ohne Gewinnzweck handeln;
- die Einrichtung muss ihren Sitz (gemäß Artikel 5 Absatz 1) in einem der am Programm teilnehmenden Länder oder in bestimmten osteuropäischen Ländern¹ haben;
- sie muss – eigenständig oder im Verbund mit anderen Einrichtungen – auf europäischer Ebene tätig sein; ihre Struktur und ihre Tätigkeiten müssen mindestens acht am Programm teilnehmende Länder umfassen; es kann sich um ein europäisches Netz von im Jugendbereich tätigen Einrichtungen handeln;
- die Tätigkeiten der Einrichtung müssen den Grundsätzen entsprechen, die der Gemeinschaftsaktion im Jugendbereich zugrunde liegen;
- es kann sich um eine Einrichtung handeln, die ausschließlich Maßnahmen zugunsten junger Menschen durchführt, oder um eine Einrichtung mit größerer Reichweite, deren Aktivitäten sich teilweise an junge Menschen richten;
- junge Menschen müssen in die Verwaltung der Tätigkeiten einbezogen werden, die für sie durchgeführt werden.

Die Organisationen, die einen Betriebskostenzuschuss erhalten, werden im Zuge einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählt. Mit den ausgewählten Einrichtungen können mehrjährige Partnerschaftsrahmenvereinbarungen geschlossen werden. Trotz Abschluss von Rahmenvereinbarungen werden alljährlich Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für weitere Zuschussempfänger durchgeführt.

Vor allem die folgenden Tätigkeiten der Jugendorganisationen können zur Stärkung und Wirksamkeit der Gemeinschaftsmaßnahmen beitragen:

- Vertretung der vielfältigen Auffassungen und Interessen junger Menschen auf europäischer Ebene;
- Jugendaustausch und Freiwilligendienste;
- nicht formale und informelle Bildungsmaßnahmen und Jugendaktionsprogramme;
- Förderung des interkulturellen Lernens und Verstehens;
- Diskussionen über europäische Fragen, die Politik der Europäischen Union oder die Jugendpolitik;

¹ Belarus, Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine.

- Verbreitung von Informationen über die Gemeinschaftsaktionen;
- Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung und der Eigeninitiative junger Menschen.

Im Rahmen dieser Maßnahme werden für die Festlegung des Betriebskostenzuschusses nur die für die reibungslose Durchführung der normalen Tätigkeiten der Einrichtung notwendigen Betriebskosten berücksichtigt: Personalkosten, Gemeinkosten (Mieten, Mietnebenkosten, Ausrüstung, Büromaterial, Telekommunikation, Postgebühren usw.), Kosten interner Sitzungen und Kosten für Veröffentlichung, Information und Verbreitung.

Der Zuschuss wird unter Beachtung der Unabhängigkeit der Einrichtung in Bezug auf ihre Personalauswahl und die detaillierte Definition ihrer Tätigkeiten gewährt.

Die betreffenden Einrichtungen werden zu mindestens 20 % aus anderen als gemeinschaftlichen Quellen finanziert.

4.2. Unterstützung des Europäischen Jugendforums

Im Rahmen dieser Maßnahme können unter folgenden Bedingungen Zuschüsse für die Unterstützung der laufenden Aktivitäten des Europäischen Jugendforums als Einrichtung von allgemeinem europäischem Interesse gewährt werden:

- Unabhängigkeit des Europäischen Jugendforums bei der Auswahl seiner Mitglieder, wobei die verschiedenen Arten von Jugendorganisationen möglichst umfassend vertreten sein sollten;
- Autonomie des Europäischen Jugendforums bei der detaillierten Festlegung seiner Tätigkeiten;
- möglichst umfassende Einbeziehung von Jugendorganisationen, die nicht Mitglied des Forums sind, und von nicht organisierten jungen Menschen in die Tätigkeiten des Europäischen Jugendforums;
- aktive Beteiligung des Europäischen Jugendforums an den politischen Verfahren, die junge Menschen auf europäischer Ebene betreffen, insbesondere durch die Beteiligung an den Konsultationen der Zivilgesellschaft durch die europäischen Organe und durch die Erklärung der Positionen dieser Organe gegenüber seinen Mitgliedern.

Die erstattungsfähigen Ausgaben des Europäischen Jugendforums umfassen sowohl die Betriebskosten als auch die für die Durchführung seiner Maßnahmen erforderlichen Ausgaben. Da das Fortbestehen des Europäischen Jugendforums gesichert werden muss, wird bei der Verteilung der Programmmittel folgende Leitlinie berücksichtigt: Die alljährlich dem Europäischen Jugendforum zugeteilten Mittel belaufen sich auf mindestens 2 Mio. EUR.

Nach Eingang eines Arbeitsplans und eines angemessenen Finanzplans können die Zuschüsse dem Europäischen Jugendforum zugewiesen werden. Die Zuschüsse können jährlich gewährt werden oder gemäß einer Partnerschaftsrahmenvereinbarung mit der Kommission alljährlich verlängert werden.

Das Forum wird zu mindestens 20 % aus anderen als gemeinschaftlichen Quellen finanziert.

Das Europäische Jugendforum hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Vertretung der jungen Menschen bei der Europäischen Union;

- Koordinierung der Positionen seiner Mitglieder gegenüber der Europäischen Union;
- Bereitstellung von Informationen über die Jugend für die europäischen Organe;
- Bereitstellung von Informationen über die Europäische Union für die nationalen Jugendräte und nichtstaatlichen Organisationen;
- Förderung und Vorbereitung der Teilnahme junger Menschen am demokratischen Leben;
- Beitrag zum neuen Rahmen der Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Europäischen Union;
- Beitrag zur Entwicklung der Jugendpolitiken, der Jugendarbeit und von Bildungsmöglichkeiten, zur Bereitstellung von Informationen über junge Menschen und zur Entwicklung repräsentativer Strukturen für junge Menschen in ganz Europa;
- Diskussion und Reflexion über Jugendfragen in Europa und anderen Gebieten der Erde sowie über die Jugendmaßnahmen der Europäischen Union.

4.3. Ausbildung und Vernetzung sozialpädagogischer Betreuer

Mit dieser Maßnahme wird die Ausbildung von sozialpädagogischen Betreuern, insbesondere Jugendleitern, Projektverantwortlichen, Jugendberatern und pädagogischen Projektmitarbeitern unterstützt. Gefördert wird außerdem der Austausch von Erfahrungen, Fachkenntnissen und vorbildlichen Verfahren zwischen diesen Betreuern. Ferner werden Tätigkeiten unterstützt, die die Einrichtung von dauerhaften und hochwertigen Projekten und Partnerschaften im Rahmen des Programms ermöglichen. Besondere Bedeutung wird Tätigkeiten beigemessen, die die Beteiligung von benachteiligten jungen Menschen fördern, für die eine Teilnahme an Gemeinschaftsmaßnahmen besonders schwierig ist.

4.4. Projekte zur Förderung von Innovation und Qualität

Mit dieser Maßnahme werden Projekte gefördert, deren Ziel die Einführung, Umsetzung und Weiterentwicklung innovativer Konzepte im Jugendbereich ist. Dabei können die Konzepte den Inhalt und die Ziele in Verbindung mit der Entwicklung des Rahmens für die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich, die Beteiligung von Partnern aus verschiedenen Umfeldern oder die Verbreitung von Informationen betreffen.

4.5. Informationsmaßnahmen für junge Menschen und sozialpädagogische Betreuer

Diese Maßnahme fördert Informations- und Kommunikationsmaßnahmen für junge Menschen durch die Verbesserung des Zugangs zu wichtigen Informationen und Kommunikationsdiensten, um die Beteiligung junger Menschen am öffentlichen Leben auszuweiten und die Verwirklichung ihres Potenzials als aktive, verantwortungsvolle Bürger zu erleichtern. Zu diesem Zweck werden Tätigkeiten auf europäischer und nationaler Ebene unterstützt, die den Zugang junger Menschen zu Informationen und Kommunikationsdiensten verbessern, die Bereitstellung hochwertiger Informationen ausweiten und die Beteiligung junger Menschen an der Erstellung und Verbreitung von Informationen fördern. Insbesondere können europäische, nationale, regionale und lokale Jugendportale zur Verbreitung jugendspezifischer Informationen über alle möglichen – hauptsächlich die von jungen Menschen am häufigsten genutzten – Informationskanäle entwickelt werden. Unterstützt werden können auch Maßnahmen, die die Mitarbeit junger Menschen bei der Erstellung und Verbreitung verständlicher, benutzerfreundlicher, gezielter Informationen und Ratschläge fördern, um die Qualität der Informationen und den Zugang für alle jungen Menschen zu verbessern.

4.6. Partnerschaften

Ziel dieser Maßnahme ist die Finanzierung von Partnerschaften mit regionalen oder lokalen Einrichtungen, um auf Dauer Projekte zu entwickeln, die verschiedene Programmmaßnahmen kombinieren können. Die Finanzierung betrifft die Projekte und die Koordinierungstätigkeiten.

4.7 Unterstützung der Programmstrukturen

Diese Maßnahme ermöglicht die Finanzierung der in Artikel 8 Absatz 2 vorgesehenen Strukturen, insbesondere der Nationalen Agenturen. Die Unterstützung kann in Form eines Betriebskostenzuschusses von höchstens 50 % der förderfähigen Gesamtkosten gemäß dem genehmigten Arbeitsprogramm der Agentur geleistet werden. Die Maßnahme ermöglicht ferner die Finanzierung vergleichbarer Einrichtungen, wie nationale Koordinatoren, Ressourcenzentren, das EURODESK-Netzwerk, die Plattform Euro-Med Jugend und die Vereinigungen junger europäischer Freiwilliger, die auf nationaler Ebene gemäß Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 3 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 Durchführungsaufgaben wahrnehmen.

4.8 Valorisierung

Die Kommission kann Seminare, Kolloquien oder Sitzungen organisieren, die die Durchführung des Programms erleichtern, und geeignete Informations-, Veröffentlichungs- und Verbreitungsmaßnahmen sowie Programmüberwachungs- und Evaluierungsmaßnahmen durchführen. Diese Tätigkeiten können aus Zuschüssen finanziert werden, die im Zuge von Ausschreibungen vergeben werden, oder direkt von der Kommission organisiert und finanziert werden.

AKTION 5 - Unterstützung der politischen Zusammenarbeit

Ziel dieser Aktion ist die Förderung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich.

5.1. Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen der Jugendpolitiken

Mit dieser Maßnahme werden Tätigkeiten unterstützt, die die politische Zusammenarbeit und den strukturierten Dialog zwischen jungen Menschen und ihren Organisationen und Verantwortlichen von Jugendpolitiken ermöglichen. Ziel dieser Tätigkeiten ist insbesondere die Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs von Ideen und vorbildlichen Verfahren im Jugendbereich, der vom jeweiligen Ratsvorsitz der Union organisierten Konferenzen sowie anderer Maßnahmen zur Valorisierung und Verbreitung der Projektergebnisse und Aktivitäten der Europäischen Union im Jugendbereich.

5.2. Unterstützung von Tätigkeiten zur Verbesserung des Verständnisses und des Wissens im Jugendbereich

Diese Maßnahme unterstützt spezifische Projekte zur Erfassung der vorhandenen Kenntnisse über die im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode festgelegten vorrangigen Themen im Jugendbereich sowie Projekte zur Vervollständigung und Aktualisierung dieser Kenntnisse und zur Erleichterung des Zugangs dazu.

Gefördert werden kann außerdem die Entwicklung von Methoden für die Analyse und den Vergleich von Studienergebnissen und die entsprechende Qualitätssicherung.

Ferner können Tätigkeiten zur Vernetzung der verschiedenen Akteure des Jugendbereichs unterstützt werden.

5.3. Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen

Mit dieser Aktion kann die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit für Jugendfragen zuständigen internationalen Organisationen, insbesondere mit dem Europarat und den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen, unterstützt werden.

6. VERWALTUNG DES PROGRAMMS

Der Finanzrahmen des Programms kann auch die Ausgaben für die Maßnahmen zur Vorbereitung, Überwachung, Kontrolle, Rechnungsprüfung und Evaluierung abdecken, die für die Verwaltung des Programms und die Verwirklichung seiner Ziele unmittelbar erforderlich sind, insbesondere Ausgaben für Studien, Sitzungen, Informations- und Veröffentlichungsmaßnahmen sowie Ausgaben für IT-Netze für den Informationsaustausch und sonstige Ausgaben für technische und administrative Unterstützungsleistungen, auf die die Kommission bei der Verwaltung des Programms zurückgreifen kann.

7. KONTROLLEN UND PRÜFUNGEN

Für die gemäß dem Verfahren von Artikel 13 Absatz 2 dieses Beschlusses ausgewählten Projekte wird ein auf Stichproben basierendes Auditsystem eingerichtet.

Der Zuschussempfänger bewahrt für die Einsichtnahme durch die Kommission alle Ausgabenbelege für einen Zeitraum von fünf Jahren ab der letzten Zahlung auf. Der Zuschussempfänger sorgt dafür, dass gegebenenfalls Belege, die bei seinen Partnern oder Mitgliedern aufbewahrt werden, der Kommission zur Verfügung gestellt werden.

Die Kommission ist berechtigt, die Verwendung des Zuschusses unmittelbar durch ihre Bediensteten oder durch eine qualifizierte externe Einrichtung ihrer Wahl überprüfen zu lassen. Die Prüfungen können während der gesamten Laufzeit des Vertrags und während eines Zeitraums von fünf Jahren ab Zahlung des Restbetrags durchgeführt werden. Die Ergebnisse der Prüfungen können Rückzahlungsforderungen der Kommission nach sich ziehen.

Den Bediensteten der Kommission und dem von der Kommission beauftragten externen Personal wird in angemessener Weise Zugang zu den Räumlichkeiten des Zuschussempfängers sowie zu allen für die Durchführung der Prüfungen erforderlichen Informationen, einschließlich der elektronisch gespeicherten Daten, gewährt.

Der Rechnungshof und das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) haben in Bezug auf Kontrollen und Prüfungen die gleichen Rechte wie die Kommission; dies gilt insbesondere für das Zugangsrecht.

Die in Anwendung von Artikel 10 getroffenen Entscheidungen der Kommission, die Vereinbarungen mit den Nationalen Agenturen, die Abkommen mit den teilnehmenden

Drittstaaten sowie die daraus resultierenden Vereinbarungen und Verträge sehen ausdrücklich eine Überprüfung und finanzielle Kontrolle durch die Kommission (oder einen befugten Vertreter der Kommission) einschließlich OLAF, sowie Audits – erforderlichenfalls auch vor Ort – durch den Europäischen Rechnungshof vor. Diese Kontrollen können bei den Nationalen Agenturen sowie erforderlichenfalls auch bei den Empfängern von Finanzhilfen durchgeführt werden.

Die Kommission kann darüber hinaus gemäß der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2185/96 des Rates Kontrollen und Überprüfungen vor Ort vornehmen.

Für die im Rahmen dieses Beschlusses finanzierten Gemeinschaftsaktionen gilt, dass gemäß Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2988/95 der Tatbestand der Unregelmäßigkeit bei jedem Verstoß gegen eine Bestimmung des Gemeinschaftsrechts und bei jeder Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen als Folge einer Handlung oder Unterlassung einer juristischen Person gegeben ist, die – in Form einer ungerechtfertigten Ausgabe – einen Schaden für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union oder die von ihr verwalteten Haushalte bewirkt hat bzw. bewirken würde.

FICHE FINANCIÈRE LÉGISLATIVE
PROGRAMME "JEUNESSE EN ACTION"

Domaine(s) politique(s): EDUCATION CULTURE

Activité(s): JEUNESSE

DENOMINATION DE L'ACTION: PROPOSITION DE PROGRAMME "JEUNESSE EN ACTION"

1. LIGNE(S) BUDGÉTAIRE(S) + INTITULÉ(S)

Ligne 15.07.02 JEUNESSE

Ligne 15.01.04.04 JEUNESSE dépenses d'appui

Ligne 15.01.04.30 Agence exécutive Education et Culture

2. DONNÉES CHIFFRÉES GLOBALES

2.1 Enveloppe totale de l'action : 915.000.000 euros

2.2 Période d'application: 2007-2013

2.3 Estimation globale pluriannuelle des dépenses:

a) Echancier des crédits d'engagement / crédits de paiement (intervention financière) (cf. point 6.1.1)

Millions d'euros (à la 3^e décimale)

	Année 2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Total
Crédits d'engagement (CE)	106,368	121,273	123,180	126,084	127,984	135,882	139,780	880,551
Crédits de paiement (CP)	99,365	104,352	114,339	119,326	119,312	124,299	199,558	880,551

NB : cette programmation ne tient pas compte d'un éventuel financement des structures sur une période de deux ans.

b) Assistance technique et administrative (ATA) et dépenses d'appui (DDA) (cf. point 6.1.2)

CE	4,632	4,727	4,820	4,916	5,016	5,118	5,220	34,449
CP	4,632	4,727	4,820	4,916	5,016	5,118	5,220	34,449

Sous-total a+b								
CE	111,000	126,000	128,000	131,000	133,000	141,000	145,000	915,000
CP	103,997	109,079	119,159	124,242	124,328	129,417	204,778	915,000

c) Incidence financière globale des ressources humaines et autres dépenses de fonctionnement (*cf. points 7.2 et 7.3*)

CE/CP	4,221	4,221	4,221	4,221	4,221	4,221	4,221
-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

TOTAL a+b+c							
CE	115,221	130,221	132,221	135,221	137,221	145,221	149,221
CP	108,218	113,300	123,380	128,463	128,549	133,638	208,999

2.4 Compatibilité avec la programmation financière et les perspectives financières

Proposition compatible avec la communication de la Commission du 10 février 2004 « construire notre avenir commun – Défis politiques et moyens budgétaires de l'Union élargie – 2007-2013 ».

Cette proposition nécessite une reprogrammation de la rubrique concernée des perspectives financières,

y compris, le cas échéant, un recours aux dispositions de l'accord interinstitutionnel.

2.5 Incidence financière sur les recettes¹

Aucune implication financière (concerne des aspects techniques relatifs à la mise en œuvre d'une mesure).

OU

Incidence financière - L'effet sur les recettes est le suivant: **NEANT**

3. CARACTÉRISTIQUES BUDGÉTAIRES

Nature de la dépense		Nouvelle	Participation AELE	Participation pays candidats	Rubrique PF
DNO	CD	NON	OUI	OUI	N°3 Citoyenneté

¹ Pour plus de précisions, voir la note explicative séparée.

4. BASE LÉGALE

Article 149 du traité

5. DESCRIPTION ET JUSTIFICATION

5.1 Nécessité d'une intervention communautaire

5.1.1 Description des besoins

- *Evolution de la jeunesse en Europe*

Il y a 50 millions de jeunes entre 15 et 25 ans dans les 15 Etats membres, 60 millions si l'on compte les dix pays qui vont rejoindre l'Union en 2004 et 75 millions avec tous les pays candidats.

Le Livre Blanc a montré que, dans ses contours sociologiques, économiques et culturels, la jeunesse a fortement évolué sous l'effet des changements démographiques, mais aussi des modifications de l'environnement social, des comportements individuels et collectifs, des rapports familiaux et des conditions du marché du travail.

Les démographes observent que sous la pression des facteurs économiques et des facteurs socioculturels, les jeunes sont plus âgés quand ils franchissent certaines étapes de la vie: fin des études, accès à l'emploi, constitution d'une famille, etc. De plus les itinéraires de vie ne sont pas linéaires, les jeunes peuvent à la fois être étudiant, chargé de famille, travailleur, ou à la recherche d'un emploi, vivre chez les parents. Les allers et retours entre les différents statuts sont devenus de plus en plus fréquents.

En ce qui concerne l'implication des jeunes dans la vie publique, on constate que les jeunes s'investissent moins que par le passé dans les structures traditionnelles de l'action politique et sociale (partis, syndicats), leur participation aux consultations démocratiques est faible, ainsi que leur engagement dans des organisations de jeunesse. Cela ne signifie nullement que les jeunes se désintéressent de la vie publique. La plupart démontrent une volonté de participer et d'influencer les choix de société, mais selon des formes d'engagement plus individuel et plus ponctuel notamment en dehors du cadre participatif classique.

Il incombe aux autorités publiques de combler le fossé existant entre la volonté d'expression des jeunes et les modalités et structures offertes à cet effet par nos sociétés, sous peine d'alimenter le déficit citoyen. L'Europe a un rôle à jouer à la fois parce que certaines de ces modalités se situent d'emblée au niveau européen, comme les échanges de jeunes ou d'animateurs socio-éducatifs, mais également parce que le cadre européen peut s'avérer optimum pour l'expérimentation et l'échange de bonnes pratiques dans ce domaine.

Les jeunes expriment également des doutes sur les institutions internationales qui leur semblent difficilement accessibles et peu à l'écoute de leurs préoccupations. Ce rapport pour le moins contrasté entre les jeunes et la mondialisation est un signe de malaise et ne peut être ignoré.

En ce qui concerne plus précisément l'intégration européenne, l'Europe constitue pour les jeunes un espace de liberté où ils peuvent vivre, travailler, étudier ou voyager. Cependant les institutions qui gèrent l'Union européenne sont pour nombre de jeunes considérées comme lointaines. Dans la poursuite du projet communautaire et notamment dans la perspective de l'élargissement et du rapprochement avec les pays voisins, beaucoup dépend de l'adhésion des jeunes générations au projet européen.

Finalement, les jeunes européens vivent dans des sociétés ouvertes aux influences culturelles et économiques extérieures. La lutte contre les discriminations, en particulier contre le racisme et la xénophobie, l'attachement au caractère multiculturel de nos sociétés, les questions liées à l'immigration et au dialogue interculturel trouvent au sein de la jeunesse un terrain particulièrement propice, capable de la mobiliser.

- *Enjeu politique*

L'ensemble des défis décrits ci-dessus représentent un enjeu très vaste et s'inscrivent dans les priorités actuelles de la Commission : la citoyenneté, la croissance et la paix.

En matière de citoyenneté, il convient de créer les conditions pour que les jeunes européens puissent davantage s'affirmer comme citoyens solidaires, responsables, actifs et tolérants dans une société plurielle. L'implication accrue des jeunes à la vie de la communauté locale, régionale, nationale et européenne et l'émergence d'une citoyenneté active constituent des enjeux majeurs, pour le présent, mais également pour le futur de nos sociétés. Ces défis sont des défis qui sont communs aux Etats membres. A ceci s'ajoute la nécessité de développer auprès des jeunes leur conscience d'appartenir à l'Europe, leur adhésion aux valeurs prônées par l'Union et leur citoyenneté européenne.

Mais il convient également de répondre aux aspirations des jeunes en leur donnant la possibilité de renforcer leur éducation et leur formation, sur un plan moins formel que ce qui est réalisé dans les systèmes éducatifs académiques ou dans le cadre de la formation professionnelle. Ces activités d'éducation non formelle méritent d'être soutenues et reconnues au niveau européen car elles contribuent, pour leur part, au processus de Lisbonne et, à leur manière, à la croissance en Europe.

Enfin la volonté des jeunes de construire de nouvelles relations entre jeunes Européens et jeunes du monde entier, leur souci de compréhension mutuelle, d'esprit de tolérance et d'ouverture est le meilleur atout pour la paix dans le monde. Pour ne prendre que l'exemple des relations euro-méditerranéennes, le rapport des sages¹ remis à la Commission établit que la jeunesse a une importance fondamentale pour le succès du dialogue entre les Peuples et les Cultures dans cette région d'autant plus que 50% de la population dans les pays arabes a moins de 20 ans. Le « dialogue rénové » dont parle ce rapport est en ligne avec les priorités du domaine de la jeunesse qui sont développées dans le cadre du partenariat euro-méditerranéen. En outre le rapport des sages préconise un renforcement du volontariat en « incitant la jeunesse des deux rives à un "engagement civil commun au service de la région euro-méditerranéenne" ».

- *Réponse aux défis*

La méthode ouverte de coordination dans le domaine de la jeunesse est la procédure politique qui a été adoptée pour trouver en commun des réponses à ces défis et le nouveau programme européen pour la jeunesse doit accompagner et soutenir cette démarche politique.

¹ Rapport du Groupe des Sages créé à l'initiative du Président de la Commission « Le Dialogue entre les Peuples et les Cultures dans l'Espace euro-méditerranéen »
http://europa.eu.int/comm/europeaid/index_fr.htm

Dans ce contexte, il y a lieu d'intervenir à deux niveaux:

– *Les jeunes*

Les jeunes sont les premiers acteurs du programme. Celui-ci doit permettre aux jeunes, aux groupes de jeunes ou aux organisations de jeunes de mettre en œuvre notamment, à leur initiative, des projets d'échanges, de mobilité, de solidarité, ou de participation. Ces activités favorisent la prise de conscience européenne chez les jeunes ainsi que leur inclusion sociale dans le monde adulte.

L'aspect le plus marquant du programme est son universalité en ce sens qu'il est le seul programme européen à être accessible à tous les jeunes et notamment les jeunes avec le moins d'opportunités, car ce programme est mis en œuvre en dehors du cadre scolaire.

Le programme est ouvert aux jeunes de 13 à 30 ans. L'élargissement de la tranche d'âge par rapport au programme actuel (15-25 ans) se justifie par le fait que, d'une part les jeunes adolescents atteignent plus tôt la maturité que leurs aînés et d'autre part, les jeunes sont plus âgés quand ils franchissent les étapes de la vie qui les conduisent à l'autonomie.

La participation active des jeunes, leurs expériences, leur éducation informelle et non-formelle ainsi que leur employabilité sont des éléments qui ont un impact positif et contribuent aux objectifs des politiques de la famille, de l'éducation et de l'emploi, de l'égalité des genres et de l'inclusion sociale.

Afin de répondre à la demande des jeunes qui veulent se rendre utiles dans un souci de solidarité et afin d'accroître leur sentiment d'appartenance à une communauté de valeurs qu'est l'Europe, le Service Volontaire Européen sera étendu afin de mettre à disposition de l'Union une force d'intervention en soutien des actions de solidarité de l'Union, internes ou externes.

– *Les systèmes qui soutiennent les activités des jeunes*

Il ne serait pas réaliste de couvrir l'ensemble des besoins de tous les jeunes Européens, ce qui ne serait d'ailleurs pas conforme à l'esprit de subsidiarité de ce programme et à la nécessité de se concentrer sur les actions avec une valeur ajoutée européenne.

C'est pourquoi, par souci d'efficacité, le programme propose également de soutenir les activités d'autres acteurs du domaine de la jeunesse et en premier lieu les animateurs socio-éducatifs, le Forum européen de la Jeunesse¹, les organisations non gouvernementales de jeunesse actives au niveau européen et les Agences Nationales du programme. Ceux-ci forment les bases sur lesquelles s'appuient les jeunes pour établir leurs projets et par lesquelles les projets sont mis en œuvre. Le programme prévoit donc les moyens pour permettre le développement de ces éléments structurants qui ont un important effet multiplicateur.

¹ Le Forum européen de la Jeunesse est une organisation internationale composée de conseils nationaux de jeunesse et organisations internationales non-gouvernementales de jeunesse représentant les intérêts des jeunes de l'ensemble de l'Europe. Il s'agit de la seule plate-forme en Europe qui représente les organisations de jeunesse auprès de l'Union européenne.

Une autre proposition qui vise l'efficacité par un effet structurant et multiplicateur est le soutien à la coopération des politiques nationales de jeunesse. Le programme peut ainsi être utilisé comme levier vis-à-vis de ces politiques, dans le respect de la subsidiarité.

Le programme est ouvert aux Etats membres de l'UE, aux pays candidats, aux pays de l'AELE membres de l'EEE, ainsi qu'à la Confédération Helvétique, et aux pays des Balkans occidentaux. Des projets peuvent également être réalisés en partenariat avec d'autres pays, en premier lieu avec les pays concernés par la Communication de la Commission "l'Europe élargie - voisinage: un nouveau cadre pour les relations avec nos voisins de l'Est et du Sud"¹.

5.1.2 Objectifs du programme

Dans ce contexte, les objectifs généraux du programme sont:

- a) Promouvoir la citoyenneté active des jeunes, en général, et leur citoyenneté européenne en particulier;
- b) Développer la solidarité des jeunes, notamment afin de renforcer la cohésion sociale de l'Union européenne;
- c) Favoriser la compréhension mutuelle des peuples à travers les jeunes;
- d) Contribuer au développement de systèmes de qualité en soutien aux activités des jeunes et à celui de la capacité des organisations de la société civile dans le domaine de la jeunesse;
- e) Favoriser la coopération européenne en matière de politiques de jeunesse.

Les objectifs proposés dans le programme sont cohérents, d'une part avec les priorités en matière de coopération dans le domaine de la jeunesse, d'autre part avec les développements récents en matière de citoyenneté. Ceux-ci assurent également la continuité du programme "JEUNESSE" actuel, ainsi que du programme d'action communautaire pour la promotion des organismes actifs au niveau européen dans le domaine de la jeunesse (ONG de jeunesse) qui vient d'être adopté prochainement par le Conseil et le Parlement européen.

5.1.3 Valeur ajoutée européenne

Bien que le programme ne soit pas le seul instrument qui touche les jeunes et que celui-ci soit complémentaire d'instruments au niveau national et européen, sa valeur ajoutée est néanmoins importante, compte tenu de la spécificité de ses objectifs.

L'évaluation intermédiaire du programme JEUNESSE 2000-2006 a mis en évidence que la plupart des projets financés n'auraient jamais eu une dimension européenne sans un appui européen. Le programme est dans certains Etats membres complémentaire d'actions nationales ou régionales, lorsqu'il n'est pas tout simplement la seule activité structurée en faveur de la jeunesse en attendant que des actions se mettent en place au niveau des autorités nationales.

L'évaluation intermédiaire met également en valeur l'impact du programme sur les politiques des administrations publiques nationales qui tendent à s'orienter vers les priorités du programme.

En ce qui concerne les projets qui visent les jeunes et les animateurs socio-éducatifs directement, la valeur ajoutée européenne est souvent directement liée à la nature de l'action : mobilité des

¹ COM (2003) 104 final du 11.3.2003

jeunes à travers l'Europe ou avec des pays partenaires, service volontaire européen, mise en réseau de projets, formation européenne d'animateurs socio-éducatifs, soutien aux ONG de jeunesse qui poursuivent des objectifs d'intérêt général européen. Les Etats membres ne seraient tout simplement pas en mesure d'organiser individuellement de telles actions.

La valeur ajoutée européenne se traduit également par un effet de levier vis-à-vis des politiques nationales, soit en montrant la voie à suivre (priorité aux jeunes avec moins d'opportunités, projets d'initiative locale, projets de démocratie participative), soit en stimulant l'innovation, la recherche et la coopération.

L'effet multiplicateur du programme peut être considéré comme important car aujourd'hui les activités liées à la jeunesse cherchent de façon plus systématique à acquérir une dimension transnationale.

Afin de favoriser les synergies avec d'autres interventions, le programme prévoit la mise en œuvre de systèmes de labellisation avec des actions similaires réalisés dans les pays participants au programme, ainsi que la mise en valeur des actions du programme qui contribuent au développement d'autres politiques dans les domaines notamment de l'éducation, de la formation, de la culture et du sport.

La mise en œuvre d'un programme européen dans le domaine de la jeunesse est un élément essentiel pour contribuer à l'émergence chez tous les jeunes d'une citoyenneté européenne.

5.1.4 Dispositions prises relevant de l'évaluation ex ante

a) Evaluation ex-ante

Un rapport d'évaluation ex-ante accompagne le projet de base légale pour le programme. Ce rapport a été préparé par les services de la Commission. Le rapport d'évaluation ex-ante prend en compte les contributions résultant de la consultation de la société civile:

- Le rapport de la consultation publique
- La position du Forum européen de la Jeunesse
- L'avis des agences nationales du programme actuel
- Les travaux du groupe de travail sur les nouveaux instruments
- Les résultats d'un séminaire des chercheurs sur les nouveaux instruments

Le rapport d'évaluation ex-ante prend également en compte les enseignements apportés par l'évaluation intermédiaire du programme JEUNESSE qui s'est basée notamment sur:

- les études d'impacts des actions 1, 2, 3 et 5, élaborées sous la responsabilité des autorités nationales par des experts externes ou avec le support des Agences nationales ont suivi le guide méthodologique proposé par la Commission (v. 5.1.3).
- Une série de séminaires qui ont permis notamment "l'évaluation des procédures" du programme JEUNESSE et l'évaluation des actions 3 et 5, et des actions des pays tiers
- Une évaluation externe du partenariat entre le Conseil de l'Europe et la Commission en matière de formation dans le domaine de la jeunesse
- Une évaluation externe des actions avec les pays tiers

Finalement ce rapport prend également en compte les derniers développements politiques dans le domaine de la jeunesse, en particulier:

- les conclusions du Conseil du mai 2003 concernant la nouvelle génération de programme pour la jeunesse, confirmées par le Conseil de mai 2004
- Les conclusions de la Conférence européenne sur le service civique et la jeunesse qui s'est tenue à Rome sous présidence italienne en novembre 2003
- Le rapport des sages sur les relations euro-méditerranéennes de novembre 2003

b) constatations et enseignements tirés de l'évaluation ex ante

Les principaux éléments avancés par l'évaluation ex-ante sont:

1. Préserver un programme spécifique au domaine de la jeunesse avec des passerelles avec les autres domaines qui concernent les jeunes.
2. Garantir la continuité avec le programme JEUNESSE en termes d'actions (échanges de jeunes, Service volontaire Européen, projets d'initiatives et mesures de soutien) et d'accès au programme (ouverture à tous les jeunes, en particulier à ceux avec le moins d'opportunités, soutien à des projets organisés par des ONG et les organisations locales qui s'occupent des jeunes sur le terrain, dans une approche décentralisée)
3. Développer l'identité européenne des jeunes et leur citoyenneté active dans la société.
4. Prendre en compte les priorités politiques définies dans le Livre Blanc de la Commission sur la jeunesse, en développant les projets de participation démocratique, en améliorant l'information des jeunes, en étendant les possibilités de volontariat en en soutenant les actions nécessaires à une meilleure connaissance du domaine de la jeunesse.
5. Soutenir les initiatives prises dans le cadre de la coopération politique mise en œuvre par la méthode ouverte de coordination (échanges de bonnes pratiques, complémentarités...).
6. Contribuer au développement des organisations de jeunesse et soutenir le travail des animateurs de jeunesse.
7. Ouvrir davantage le programme vers les pays tiers et donner à ces activités plus de visibilité.
8. Contribuer à la reconnaissance des activités du programme et plus généralement du travail des animateurs de jeunesse qui contribuent à l'éducation et à l'apprentissage informels et non formels des jeunes.
9. Proposer des mécanismes qui soient simples et flexibles compte tenu du public cible visé.

5.1.5 Dispositions prises à la suite de l'évaluation intermédiaire du programme actuel

L'évaluation intermédiaire du programme JEUNESSE permet de dégager les recommandations suivantes:

1. Cibler encore mieux le programme sur son public cible, à savoir les jeunes de toutes conditions, en particulier ceux avec moins d'opportunités.

2. Améliorer l'assistance aux bénéficiaires et aux projets, dans toutes les phases, par des mesures de proximité et de qualité.
3. Simplifier les procédures et les rendre aussi flexibles que possible compte tenu du public visé.
4. Renforcer la transparence et la cohérence dans la mise en œuvre du programme, notamment au niveau décentralisé.
5. Augmenter la qualité du travail par une évaluation des projets avec un retour d'information auprès des bénéficiaires et une reconnaissance des activités réalisées.
6. Développer les activités de volontariat tant sur le plan qualitatif que sur le plan quantitatif.
7. Ouvrir davantage le programme sur les pays tiers.
8. Anticiper les évolutions par la mise en œuvre de projets innovants et la réalisation des études nécessaires.
9. Donner une visibilité au programme et à chacune de ses actions et valoriser les résultats obtenus.

5.2 Actions envisagées et modalités de l'intervention budgétaire

5.2.1 Actions du programme

Les objectifs du programme sont soutenus par **cinq actions opérationnelles**

– Jeunesse pour l'Europe

Cette action vise à soutenir les échanges de jeunes, leurs initiatives, leur participation à la vie démocratique et toute activité permettant de développer leur citoyenneté et la compréhension mutuelle entre les jeunes. La population type est représentée par les jeunes de 13 à 30 ans.

– **Le Service Volontaire Européen**

Cette action vise à renforcer la participation des jeunes à différentes formes d'activités de volontariat, à l'intérieur et en dehors de l'Union européenne. Cette action concerne les jeunes de 18 à 30 ans.

– **Jeunesse pour le monde**

Cette action vise à soutenir des projets avec les pays partenaires du programme, notamment l'échange de jeunes et d'animateurs socio-éducatifs, le soutien aux initiatives qui renforcent la compréhension mutuelle des jeunes et leur sens de la solidarité ainsi que le développement de la coopération dans le domaine de la jeunesse et de la société civile dans ces pays. Cette action concerne les jeunes de 13 à 30 ans et les animateurs socio-éducatifs.

– **Animateurs socio-éducatifs et systèmes d'appui**

Cette action a pour objet d'assurer le soutien aux organismes actifs au niveau européen dans le domaine de la jeunesse, notamment les organisations non gouvernementales de jeunesse, leur mise en réseau, l'échange, la formation et la mise en réseau des animateurs socio-éducatifs, la stimulation de l'innovation et de la qualité des actions menées dans le domaine de la jeunesse, l'information des jeunes et la mise en place des structures et activités nécessaires au programme pour atteindre ses objectifs. Cette action concerne des milliers d'organisations de jeunes et d'animateurs socio-éducatifs.

– **Soutien à la coopération politique**

Cette action permet d'organiser le dialogue entre les différents acteurs du monde de la jeunesse, en particulier les jeunes, les animateurs socio-éducatifs et les responsables politiques, de contribuer au développement de la coopération politique dans le domaine de la jeunesse et d'effectuer les travaux et les mises en réseau nécessaires à une meilleure connaissance du domaine de la jeunesse.

5.2.2 *Caractéristiques des actions*

– *Le programme est ouvert aux jeunes entre 13 et 30 ans*

Cette proposition est la conséquence de l'analyse du Livre Blanc et de l'évaluation du programme actuel par les Etats membres. Les jeunes sont prêts à participer à des projets plus tôt que précédemment et ils accèdent à l'autonomie plus tard. Il est néanmoins proposé que l'âge de participation au programme soit modulé en fonction de la nature des activités.

– *Le programme intègre le soutien aux ONG européennes de jeunesse*

La Commission a proposé une base légale pour ce soutien aux ONG pour la période 2004 – 2006. Au delà, ce soutien fait partie intégrante de l'objectif visant à promouvoir la citoyenneté active des jeunes en général, et leur citoyenneté européenne en particulier. Il doit donc être intégré au nouveau programme proposé.

– *Le programme est ouvert aux pays qui ont vocation à rejoindre un jour ou l'autre l'Union européenne ainsi qu'aux pays membre de l'AELE.*

Cette proposition est dans le droit fil du programme actuel. Elle est appliquée aux pays actuellement candidats à l'adhésion, aux Balkans occidentaux, aux Etats de l'AELE membres de l'EEE et à la Suisse.

- *Une action particulière est créée pour les actions avec les pays tiers, appelés pays partenaires du programme*

Le programme actuel autorise des actions avec les pays tiers, mais leur offre peu de visibilité du fait de leur éparpillement. La création de l'action « Jeunesse pour le monde » permettra d'augmenter cette visibilité.

- *Cette action prévoit deux niveaux de coopération, l'un avec les pays voisins de l'Europe, l'autre avec le reste du monde*

Avec les pays voisins de l'Europe, le programme propose de pouvoir faire le même type d'activités que celles réalisées au sein de l'Union, à quelques exceptions près liées à leur faisabilité dans ces pays. Pour le reste du monde, les mesures sont beaucoup plus ciblées (échanges de bonnes pratiques, d'animateurs socio-éducatifs, de jeunes mais dans des conditions limitées) sous peine de transformer le programme en un programme mondial difficile à gérer.

- *La base légale ouvre la possibilité au soutien à des structures régionales et locales pour aider les jeunes dans leur projet*

La gestion centralisée indirecte via des agences nationales dans chaque pays participant au programme est confirmée. Dans certains pays, il convient cependant de prévoir des relais locaux ou régionaux pour l'information et le support des jeunes dans la mise en œuvre de leurs projets.

- *La Commission pourra, après avis du comité et donc du Parlement européen, adapter les mesures prévues au sein de chaque action.*

La base légale proposée couvre jusqu'en 2013. Le programme doit être au service du processus politique initié suite au Livre Blanc. Le programme doit donc pouvoir s'adapter de manière flexible aux priorités qui résulteront, durant la prochaine décennie, de ce processus politique.

- *Le programme pourra établir des passerelles avec d'autres instruments communautaires*

Le domaine de la jeunesse est complémentaire avec d'autres domaines, en particulier l'éducation, la formation professionnelle, la culture, le sport, l'inclusion sociale, la lutte contre les discriminations, la recherche, l'action extérieure de l'Union. Le programme pourra, établir des actions avec d'autres programmes pour établir des passerelles avec ces domaines. La mise en commun éventuelle de moyens financiers ne pourra se faire qu'en accord avec les bases légales respectives de chaque instrument et leurs autorités décisionnelles en matière de budget.

- *Les pays participant au programme pourront financer eux-mêmes des projets similaires à ceux du programme qui recevront un label européen, et des partenariats pourront être signés avec certaines entités comme les régions, avec un cofinancement de leur part*

Ces mesures visent l'efficacité du programme et son effet multiplicateur. Il s'agit de mobiliser les énergies et les fonds pour démultiplier l'action du programme, dans le respect des compétences et des règles propres à chaque partenaire.

- *Le programme, dans le respect du Règlement financier doit tenir compte de l'environnement spécifique auquel il s'adresse*
 - il n'est pas basé sur un système institutionnalisé
 - les acteurs proviennent de la société civile, des ONG ou encore d'initiatives locales
 - les jeunes eux-mêmes créent leurs activités

- tous les jeunes peuvent participer
- les projets sont basés sur l'initiative individuelle et volontaire
- les projets sont réalisés dans les communautés locales mais en dehors du cadre scolaire
- moindre capacité financière et capacité de planification à long terme de la part des bénéficiaires

En conséquence, la proposition de programme utilise à chaque fois que possible et que nécessaire les flexibilités offertes par le nouveau règlement financier.

5.2.3 Objectifs spécifiques du programme

OBJECTIFS SPECIFIQUES	INDICATEURS
1. Promouvoir la citoyenneté active des jeunes, en général, et leur citoyenneté européenne en particulier	
- en donnant la possibilité aux jeunes et à leurs organisations de représentation de participer au développement de la société en général et de l'Union européenne en particulier;	- qualité des plans de travail des ONG - nombre des ONG ayant plus de 8 partenaires en Europe
- en développant auprès des jeunes le sentiment d'appartenance à l'Union européenne;	- niveau d'adhésion à l'Europe des jeunes ayant participé au programme
- en développant la mobilité des jeunes en Europe;	- niveau de mobilité des jeunes ayant participé au programme
- en développant l'apprentissage interculturel au sein de la jeunesse;	A propos des jeunes ayant participé au programme: - attitudes modifiées concernant les jeunes d'autres cultures
- en assurant la promotion des valeurs fondamentales de l'Union auprès des jeunes;	- nombre de projets intégrant les thèmes de paix, liberté, égalité des genres, démocratie, droit de l'homme, tolérance
- en encourageant l'esprit d'initiative, d'entreprise et de créativité;	- nombre de projets qui implique directement les jeunes dans leur réalisation (et impact sur le développement personnel) - nombre d'initiatives ayant favorisé l'employabilité des jeunes - nombre de projets qui se pérennisent
- en veillant à la participation au programme des jeunes qui ont le moins d'opportunités;	- nombre de jeunes moins favorisés participant au programme - type de compétences acquises
- en veillant au respect de l'égalité entre les femmes et les hommes dans participation au programme.	- [break-down by gender of actions beneficiaries]
2. Développer la solidarité des jeunes notamment afin de renforcer la cohésion sociale de l'Union	
- en donnant la possibilité aux jeunes d'exprimer leurs engagements personnels par des activités de volontariat au niveau européen et international;	- progrès dans le développement personnel du jeune - taux de satisfaction parmi les jeunes ayant effectué un SVE, vis à vis de la qualité de l'engagement qu'ils ont pu concrétiser.
- en associant les jeunes aux actions de solidarité de l'Union européenne;	- nombre d'actions de solidarités - contribution à la réussite de l'intervention
- en contribuant à la coopération entre les services civils et volontaires impliquant des jeunes au niveau national.	- niveau d'intensité de la coopération

3. Favoriser la compréhension mutuelle des peuples à travers les jeunes	
- en développant entre les jeunes de l'Union européenne et les jeunes des pays voisins, des échanges et le dialogue interculturel;	A propos des jeunes ayant participé au programme: - attitudes modifiées concernant les jeunes d'autres cultures
- en contribuant à développer dans ces pays, la qualité des structures en appui aux jeunes et du travail des animateurs socio-éducatifs.	- Niveau de qualité des structures (ONG, coordinateurs,...) travaillant dans le programme
- en développant avec les autres pays des coopérations thématiques impliquant les jeunes et les animateurs sociaux-éducatifs.	- niveau d'intensité de la coopération - niveau d'effet multiplicateur
4. Contribuer au développement de systèmes de qualité en soutien aux activités des jeunes et de la capacité des organisations de la société civile dans le domaine de la jeunesse	
- en contribuant à la mise en réseau des organisations;	- nombre de nouveaux réseaux - équilibre entre les différents types de réseaux - nombre de réseaux croisés entre différents types - taux de pérennisation des réseaux
- en développant la formation et la coopération des animateurs socio-éducatifs;	- effet multiplicateur de la formation - opportunité de la formation
- en stimulant l'innovation en matière d'activités en faveur des jeunes;	- niveau d'utilisation effective des résultats et diffusion de ceux-ci
- en contribuant à l'amélioration de l'information des jeunes;	- niveau d'information des jeunes sur les questions européennes - nombre de projets d'information qui incluent les jeunes
- en œuvrant à la reconnaissance de l'éducation non formelle des jeunes;	- introduction dans EUROPASS et CV européen des acquis émanant du programme
5. Favoriser la coopération européenne en matière de politiques de jeunesse	
- en encourageant l'échange de bonnes pratiques et la coopération entre administrations et responsables politiques;	- niveau d'intensité de la coopération - nombre de bonnes pratiques répertoriées
- en encourageant le dialogue structuré entre les responsables politiques et les jeunes;	- qualité du dialogue (pertinence par rapport à l'agenda politique) - régularité des rencontres
- en améliorant la connaissance du domaine de la jeunesse;	- niveau d'intensité de la mise en réseau - niveau d'homogénéité (EUR25) des connaissances sur les thèmes essentiels

5.2.4 Mesures concrètes à prendre pour la mise en œuvre de l'action

Actions	Indicateurs
ACTION 1 - Jeunesse pour l'Europe	
1.1 Echanges de jeunes	- nombre de projets d'échanges - nombre de jeunes participant aux échanges - destination des échanges - domaines concernés par les échanges
1.2 Soutien aux initiatives des jeunes	- nombre de projets

	<ul style="list-style-type: none"> - nombre de jeunes participant aux initiatives - âge des initiateurs de projets - domaines concernés par les initiatives
1.3 Projets de démocratie participative	- à définir en fonction de l'expérience des projets pilotes en cours
ACTION 2 - Service volontaire Européen	
2.1 Service volontaire européen individuel	<ul style="list-style-type: none"> - nombre de volontaires par âge/sexe/formation - destination des volontaires - domaines concernés par le volontariat - durée du volontariat
2.2 Service volontaire européen d'intervention	Idem 2.1
2.3 Coopération entre services civils ou volontaires	- nombre d'activités réalisées dans le cadre de la coopération
ACTION 3 - Jeunesse pour le monde	
3.1 Coopération avec les pays voisins de l'Union élargie	- utiliser les indicateurs pertinents des autres mesures
3.2 Coopération avec les autres pays	- utiliser les indicateurs pertinents des autres mesures
ACTION 4 – animateurs socio-éducatifs et systèmes d'appui	
4.1 Soutien aux organismes actifs au niveau européen dans le domaine de la jeunesse	<ul style="list-style-type: none"> - nombre d'ONG soutenues - nombre d'activités européennes gérées à travers ce soutien
4.2 Soutien au Forum Européen de la Jeunesse	- données qualitatives sur les activités (enquête)
4.3 Formation et mise en réseau des animateurs socio-éducatifs	<ul style="list-style-type: none"> - nombre de formations - nombre de mises en réseau - nombre d'animateurs socio-éducatifs participants
4.4 Projets pour stimuler l'innovation et la qualité	- nombre de projets
4.5 Actions d'information à destination des jeunes et des animateurs socio-éducatifs	<ul style="list-style-type: none"> - nombre d'actions réalisées - nombre de relais EURODESK - nombre d'accès, rubriques, links dans le portail européen
4.6 Partenariats	<ul style="list-style-type: none"> - nombre de partenariats - effet multiplicateur
4.7 Soutien aux structures du programme	- donnée qualitative sur les activités (enquête)
4.8 Valorisation	- nombre d'action de valorisation
ACTION 5 - Soutien à la coopération politique	
5.1 Rencontres des jeunes, des responsables de politiques de la jeunesse	- nombre de rencontres réalisées
5.2 Soutien aux activités de recherche	<ul style="list-style-type: none"> - nombre de projets de recherche réalisés en relation avec la Méthode ouverte de coordination - nombre de mise en réseau de chercheurs - nombre de chercheurs participants
5.3 Coopération avec des Organisations internationales	<ul style="list-style-type: none"> - nombre d'activités réalisées dans le cadre de la coopération avec le Conseil de l'Europe - nombre d'activités réalisées dans le cadre de la coopération avec d'autre organisations internationales

Les modalités d'intervention budgétaire sont les subventions sous forme de forfaits, coûts réels, marché, transferts de fonds aux structures nationales, subventions de fonctionnement aux structures et ONG, accords et partenariats.

5.3 Modalités de mise en œuvre

Pour la gestion de ce programme, la Commission envisage de recourir à deux formes d'externalisation, en déléguant la gestion de certains volets du programme, conformément à l'article 54 du Règlement financier, soit à des agences nationales, soit à une agence exécutive. Une partie des actions restera toutefois gérée dans les services de la Commission.

5.3.1. Gestion centralisée indirecte par recours à des agences nationales

Le recours à des agences nationales se justifie tout d'abord par le volume des interventions que soutiendra le programme, notamment en ce qui concerne les volets liés à la mobilité: la Commission ne dispose pas des ressources lui permettant de gérer ces actions au sein de ses services. Les très grands nombres de bénéficiaires concernés ont, de fait, imposé le recours à de telles agences dès l'adoption des premiers programmes dans le domaine de la jeunesse, selon un

modèle qui s'est progressivement consolidé et est à présent pleinement reconnu par le Règlement financier.

Le recours à des agences nationales découle également de considérations plus qualitatives: ces agences présentent l'avantage de connaître le contexte national et les besoins prioritaires à ce niveau; elles sont à même de créer un environnement de plus grande convivialité avec les bénéficiaires finals; elles peuvent offrir les garanties adéquates dans le cadre d'un contrôle renforcé (incluant une définition précise des responsabilités respectives de la Commission et des autorités nationales en la matière). Par ailleurs, les agences nationales sont souvent mieux armées qu'une institution au niveau central européen pour assurer un suivi effectif des activités soutenues par le programme, compte tenu de leur proximité avec les bénéficiaires finals et de leur meilleure connaissance du contexte local. Elles constituent également un relais d'information efficace, au niveau national, sur le programme communautaire.

La Commission considère qu'il convient de décentraliser les actions lorsque l'une ou plusieurs parmi les conditions suivantes s'appliquent:

- Il est permis de croire qu'une méthode rationnelle de distribution des ressources budgétaires entre les Etats membres peut être identifiée qui correspondra au taux de fréquence de l'activité dans les Etats membres;
- Les actions sont en tant que telles de petite envergure ou s'adressent à des particuliers, de sorte que toute la panoplie des candidatures et sélections n'est pas garantie au niveau Européen;
- Les actions répondent à des besoins spécifiques des Etats membres et devraient dès lors correspondre aux priorités établies dans ces Etats membres pour qu'elles aient un impact approprié sur la pratique et les politiques nationales.

Sur cette base, les principaux volets du programme concernés par cette approche sont une grande majorité des projets des actions 1, 2, 3, et 4 du programme.

Le recours à ce mode de gestion est sans préjudice de la visibilité de l'action communautaire; les conventions passées avec les agences nationales précisent notamment les obligations de ces dernières quant à la mention du soutien de l'Union en faveur des actions gérées par leur intermédiaire. Ces conventions fixent également les exigences en matière de non-discrimination dans l'octroi des soutiens communautaires ainsi que les exigences de nature à éviter les conflits d'intérêts. Conformément à la communication de la Commission au Parlement européen et au Conseil relative à la gestion des programmes communautaires par réseaux d'agences nationales¹, ces conventions s'inscriront dans le cadre d'une décision de la Commission adoptant les dispositions quant aux responsabilités de la Commission et des pays participants en ce qui concerne ces agences nationales dans le cadre des orientations générales de mise en oeuvre du programme.

L'article 8 du projet de décision reprend les critères qu'il est proposé de retenir pour la désignation des agences nationales par les autorités des pays participant au programme.

5.3.2. *Gestion centralisée indirecte par recours à une agence exécutive*

Pour les projets à traiter au niveau européen comme les projets et le soutien aux ONG européennes de jeunesse (actions 1, 2 et 4), certains projets avec les pays partenaires du programme qui ne disposent pas de structures de gestion appropriées (action 3), ou certains projets qui ont vocation à être décentralisés après une période probatoire de gestion centralisée, typiquement lorsqu'il s'agit de nouvelles actions mise en oeuvre par le programme, la Commission envisage de recourir à la délégation à une agence exécutive.

¹ COM(2001)648 final du 13.11.2001.

Une telle agence est envisagée dans le cadre de la gestion de la génération actuelle des programmes dans le domaine de l'éducation et de la culture (le plus souvent en remplacement de Bureaux d'assistance technique maintenus jusqu'alors de manière transitoire); il est proposé de prolonger cette agence, de façon à lui déléguer également des tâches de gestion relatives à la génération 2007-2013 des programmes, dont le programme Jeunesse.

Les ressources internes de la Commission sont insuffisantes pour couvrir les besoins liés à la gestion des volets du programme qui doivent être gérés centralement; de là le recours successif, pour les programmes antérieurs, à des BAT puis à une agence exécutive. Par ailleurs, une généralisation du recours aux agences nationales, au-delà de ce qui est déjà prévu, n'est pas envisageable; il reviendrait à déléguer à ces agences la gestion de volets qui ne répondraient pas aux critères repris ci-dessus.

Le recours à une agence exécutive constitue aussi un gage de bonne gestion des volets gérés centralement, à travers une utilisation optimale des ressources; cette approche repose sur la vision d'une administration recentrée sur ses activités et fonctions prioritaires, la mise en œuvre technique des programmes étant effectuée par une entité spécialisée disposant des ressources nécessaires.

Pour des raisons d'homogénéité de traitement et de procédures à travers les divers programmes du domaine de l'éducation et de la culture, ainsi que d'économie, il est proposé qu'une unique agence exécutive assiste la Commission dans la gestion de l'ensemble des programmes du domaine. Une étude coûts/bénéfice menée à l'occasion de la création de l'agence pour les programmes de la génération actuelle conclut au caractère économique de cette approche.

5.3.3. *Gestion directe dans les services de la Commission*

Les volets gérés centralement ne présentent pas tous le même enjeu stratégique. Certains sont plus sensibles que d'autres (nature expérimentale, proximité avec des questions politiques d'actualité, bénéficiaires concernés...); il convient de réserver à la Commission la gestion directe de ces projets en nombre limité. Cet élément a été pris en compte pour partager entre la Commission et l'agence exécutive les volets à gérer depuis Bruxelles. Que certains volets continuent d'être gérés par la Commission contribuera à conserver un niveau approprié de savoir-faire en matière de gestion, gage également de la qualité du contrôle sur l'agence exécutive et les agences nationales.

D'autre part, la gestion des volets du programme confiés à des agences nationales, requiert d'importantes ressources au niveau centralisé (fixation des orientations de travail des agences nationales, conformément aux priorités décidées par la Commission; gestion des relations contractuelles Commission/agence nationale; suivi et contrôle de la gestion par ces agences nationales...). Toutefois, il ne paraît pas souhaitable de confier ces tâches à l'agence exécutive, c-à-d d'externaliser le suivi d'une autre externalisation. L'option retenue consiste donc à considérer qu'un volet de programme, si sa gestion est externalisée, implique soit un réseau d'agences nationales, soit l'agence exécutive, de manière exclusive. De même, l'exploitation, au niveau centralisé, des actions gérées par les agences nationales, sera assumée par la Commission et non par l'agence exécutive.

Pour le nouveau programme « jeunesse » une telle gestion centralisée directe se fera typiquement pour une partie de l'action 4 (soutien aux structures du programme, valorisation, partenariats) et pour l'action 5 (soutien à la coopération politique).

La gestion du programme sera ainsi caractérisée par la coexistence de trois modes: gestion par une agence exécutive; par des agences nationales; gestion directe par les services.

Le mode de gestion à retenir pour un volet donné répond aux caractéristiques propres de ce volet, dans le respect des orientations générales en matière d'externalisation et en veillant à éviter tout empiètement sur les deux autres modes, pour que la coexistence de trois modes de gestion ne

crée pas de confusion. Pour autant, il est prévu, lorsque c'est opportun, que des procédures et outils communs aux trois modes de gestion s'appliquent. Par ailleurs, la Commission reste garante de la consolidation des données relatives à la gestion des programmes, quels que soient les modes de gestion utilisés.

6. INCIDENCE FINANCIÈRE

6.1 Incidence financière totale sur la partie B (pour toute la période de programmation)

6.1.1 Intervention financière

Crédits d'engagement en millions d'euros (à la 3^e décimale)

Ventilation	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Total
Action 1 – Jeunesse pour l'Europe	37,200	42,625	43,290	44,140	44,950	47,845	49,950	310,000
Action 2 – Service volontaire Européen	34,945	40,072	40,712	41,477	42,270	45,007	47,017	291,500
Action 3 – Jeunesse pour le monde	7,200	8,250	8,340	8,640	8,700	9,260	9,610	60,000
Action 4 – animateurs socio-éducatifs et systèmes d'appui	23,895	27,298	27,598	28,598	28,918	30,967	31,626	198,900
Action 5 – Coopération politique	3,128	3,028	3,240	3,229	3,146	2,803	1,577	20,151
TOTAL	106,368	121,273	123,180	126,084	127,984	135,882	139,780	880,551

6.1.2 Assistance technique et administrative (ATA), dépenses d'appui (DDA) et dépenses TI
(crédits d'engagement)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	Total
1) Assistance technique et administrative (ATA):								
a) contribution à l'agence exécutive	3,649	3,723	3,797	3,873	3,951	4,031	4,111	27,135
b) Autre assistance technique et administrative :								
- intra-muros:								
experts avec honoraires :	0,034	0,035	0,036	0,036	0,037	0,038	0,039	0,255
- extra-muros:								
Audits des Agences Nationales	0,364	0,371	0,379	0,386	0,394	0,402	0,410	2,706
Audits des projets	0,029	0,030	0,030	0,031	0,032	0,032	0,033	0,217
SYMMETRY	0,078	0,080	0,081	0,083	0,084	0,086	0,088	0,580
Sous-total 1	4,154	4,239	4,323	4,409	4,498	4,589	4,681	30,893

2) Dépenses d'appui (DDA):								
a) Études	0,104	0,106	0,108	0,110	0,113	0,115	0,117	0,773
b) Réunion d'experts	0,192	0,196	0,200	0,204	0,208	0,213	0,217	1,430
c) Information et publications	0,182	0,186	0,189	0,193	0,197	0,201	0,205	1,353
Sous-total 2	0,478	0,488	0,497	0,507	0,518	0,529	0,539	3,556
TOTAL	4,632	4,727	4,820	4,916	5,016	5,118	5,220	34,449

Ces dépenses incluent la contribution du programme aux frais de fonctionnement de l'agence exécutive Education et culture, notamment les frais de personnel qui seront exposés par cette agence au titre de ce programme. Ces dépenses de personnel correspondent à une estimation de 31 personnes (personnel statutaire de l'agence et agents contractuels).

6.2 Calcul des coûts par mesure envisagée en partie B (pour toute la période de programmation)¹

Crédits d'engagement en millions d'euros (à la 3^{ème} décimale)

	Type de réalisation	Nbre de réalisations	Coût unitaire moyen	Coût total
ACTION 1 - Jeunesse pour l'Europe				
1.1 Echanges de jeunes	Projets Jeunes impliqués	19.000 400.000	10.000	190,000
1.2 Soutien aux initiatives des jeunes	Projets Jeunes impliqués	10.570 200.000	6.150	65,000
1.3 Projets de démocratie participative	Projets Jeunes impliqués	5.500 100.000	10.000	55,000
Sous total				310,000
ACTION 2 - Service volontaire Européen				
2.1 Service volontaire européen individuel	Jeunes impliqués	41.000	4.500	184,500
2.2 Service volontaire européen d'intervention	Jeunes impliqués	25.875	4.000	103,500
2.3 Coopération entre services civils ou volontaires	Projets	14	250.000	3,500
Sous total				291,500
ACTION 3 - Jeunesse pour le monde				
3.1 Coopération avec les pays voisins de l'Union élargie	Projets Jeunes impliqués	1.400 60.000	30.000	42,000
3.2 Coopération avec les autres pays	Projets	600	30.000	18,000
Sous total				60,000
ACTION 4 – animateurs socio-éducatifs et systèmes d'appui				
4.1 Soutien aux organismes actifs au niveau européen dans le domaine de la jeunesse	Subventions de fonctionnement	520	25.000	13,000
4.2 Soutien au Forum Européen de la Jeunesse	Subventions de fonctionnement	7	2.200.000	15,400
4.3 Formation et mise en réseau des animateurs socio-éducatifs	Projets	3.000	20.000	60,000
4.4 Projets pour stimuler l'innovation et la qualité	Projets	100	140.000	14,000
4.5 Actions d'information à destination des jeunes et des animateurs socio-éducatifs	Projets	580	12.000	7,000
4.6 Partenariat	Projets	10	200.000	2,000
4.7 Soutien aux structures du programme	Subventions de fonctionnement		12.000.000	84,000
4.8 Valorisation	Subventions et marchés	14	250.000	3,500
Sous total				198,900
ACTION 5 – Coopération politique				
5.1 Rencontres des jeunes, des responsables de politiques de la jeunesse	Projets	30	200.000	6,000
5.2 Soutien aux activités de recherche	Subventions et marchés	28	255.000	7,151
5.3 Coopération avec des Organisations internationales	Accords internationaux	7	1.000.000	7,000
Sous total				20,151
TOTAL GENERAL				880,551

¹ Pour plus d'informations, voir la note explicative séparée.

7. INCIDENCE SUR LES EFFECTIFS ET LES DÉPENSES DE FONCTIONNEMENT

Le contenu et la portée géographique du nouveau programme conduisent à un accroissement modéré des ressources humaines de 5 personnes. En ce qui concerne le contenu, le programme présente un nombre de nouveaux volets qui devront faire l'objet d'un suivi. En outre le développement de certaines mesures en termes quantitatif et qualitatif, tel que le service volontaire européen induit un suivi plus important. Le programme a également une portée géographique plus large, notamment avec l'ouverture à la CEI.

Les besoins en ressources humaines et administratives seront couverts à l'intérieur de la dotation allouée à la Direction générale gestionnaire dans le cadre de la procédure d'allocation annuelle. L'allocation de postes dépendra d'une part de l'organisation interne de la prochaine Commission et d'autre part d'une éventuelle réallocation de postes entre services suite aux nouvelles perspectives financières.

7.1 Incidence sur les ressources humaines

Types d'emplois		Effectifs à affecter à la gestion de l'action par utilisation des ressources existantes et/ou supplémentaires		Total	Description des tâches découlant de l'action
		Nombre d'emplois permanents	Nombre d'emplois Temporaires		
Fonctionnaires ou Agents temporaires	A	13		13	Mise en œuvre du programme
	B	11	1	12	
	C	6		6	
Autres ressources Humaines END/AUX		4 (END) 3 (AUX B)		4 (END) 3 (AUX B)	
Total		37	1	38	

7.2 Incidence financière globale des ressources humaines

Type de ressources humaines	Montants en euros	Mode de calcul *
Fonctionnaires Agents temporaires	3.240.000 € 108.000 €	30 X 108.000 1 X 108.000
Autres ressources humaines (indiquer la ligne budgétaire)	180.000 € (END) 324.000€ (Auxiliaires)	4 X 45.000 3 X 108.000
Total	3.852.000	

Les montants correspondent aux dépenses totales pour 12 mois.

7.3 Autres dépenses de fonctionnement découlant de l'action

Ligne budgétaire (n° et intitulé)	Montants en euros	Mode de calcul
Enveloppe globale (Titre A7)		
A0701 – Missions	68.000	100 X 650 € + 3.000 € (finances)
A07030 – Réunions	40.400	2 X 20 personnes X 1.010 €
A07031 – Comités obligatoires (1)	60.200	2 X 35 personnes X 860 €
A07032 – Comités non obligatoires (1)	-	
A07040 – Conférences	200.000	
A0705 – Etudes et consultations	-	
Autres dépenses (indiquer lesquelles)		
Systèmes d'information (A-5001/A-4300)		
Autres dépenses - partie A (indiquer lesquelles)		
Total	368.600	

Les montants correspondent aux dépenses totales de l'action pour 12 mois.

(1) Préciser le type de comité ainsi que le groupe auquel il appartient.

I.	Total annuel (7.2 + 7.3)	4.220.600 €
II.	Durée de l'action	7
III.	Coût total de l'action (I x II)	29.544.200 €

8. SUIVI ET ÉVALUATION

8.1 Système de suivi

L'évaluation ex-ante propose des indicateurs visant à apprécier l'impact du programme via un suivi des résultats tangibles obtenus. Ils sont indicatifs et non exhaustifs. Ils feront l'objet d'études plus approfondies quant aux cibles visées et aux méthodes de mesures, d'ici la mise en œuvre effective du programme.

Un système de suivi sera mis en place notamment par les Agences Nationales afin d'assurer la collecte régulière de ces indicateurs. Ce système devra être validé par les pays participant au programme pour être appliqué de façon homogène. Les contrats avec les Agences Nationales prévoient explicitement une obligation de "reporting".

8.2 Modalités et périodicité de l'évaluation prévue

La base légale du programme prévoit le dispositif suivant :

1. La Commission assure un suivi régulier du présent programme. Le suivi comprend les rapports énumérés au paragraphe 3, ainsi que des activités spécifiques.
2. La Commission assure l'évaluation régulière, indépendante et externe du programme.
3. Les pays participant au programme transmettent à la Commission, au plus tard le 30 juin 2010 un rapport de mise en œuvre du programme, et au plus tard le 30 juin 2015 un rapport sur l'impact du programme.
4. La Commission présente au Parlement européen, au Conseil, au Comité économique et social européen et au Comité des régions:

- a) un rapport intermédiaire d'évaluation sur les résultats obtenus et sur les aspects qualitatifs et quantitatifs de la mise en œuvre du présent programme au plus tard le 31 mars 2011;
- b) une Communication sur la continuation du présent programme au plus tard le 31 décembre 2011;
- c) un rapport d'évaluation ex post au plus tard le 31 mars 2016.

9. MESURES ANTI-FRAUDE

Pour les projets sélectionnés conformément à la procédure décrite à l'article 11 paragraphe 2 de la présente décision, un système d'audit par échantillonnage est mis en place.

Le bénéficiaire d'une subvention garde à la disposition de la Commission tous les justificatifs des dépenses effectuées pendant une période de cinq ans à compter du dernier paiement. Le bénéficiaire d'une subvention veille à ce que, le cas échéant, les justificatifs qui seraient conservés par ses partenaires ou ses membres soient mis à la disposition de la Commission.

La Commission, soit directement par l'intermédiaire de ses agents soit par l'intermédiaire de tout autre organisme externe qualifié de son choix, a le droit d'effectuer un audit sur l'utilisation qui est faite de la subvention. Ces audits peuvent se faire pendant toute la durée du contrat ainsi que pendant une période de cinq ans à compter de la date de paiement du solde de la subvention. Le cas échéant, les résultats de ces audits pourront conduire à des décisions de recouvrement de la part de la Commission.

Le personnel de la Commission ainsi que les personnes extérieures mandatées par la Commission ont un accès approprié, en particulier aux bureaux du bénéficiaire, ainsi qu'à toutes les informations nécessaires, y compris sous format électronique, pour mener à bien ces audits.

La Cour des Comptes ainsi que l'Office européen de Lutte antifraude (OLAF) disposent des mêmes droits, notamment le droit d'accès, que la Commission.

Les décisions de la Commission prises en application de l'article 10, les conventions avec les Agences nationales, les accords avec les pays tiers participants, ainsi que les conventions et contrats qui en découlent prévoient notamment un suivi et un contrôle financier de la Commission (ou tout représentant autorisé par elle), dont l'OLAF, et des audits de la Cour des Comptes, le cas échéant sur place. Ces contrôles peuvent être effectués auprès des Agences nationales, ainsi qu'au besoin auprès des bénéficiaires de subventions.

La Commission peut également procéder à des contrôles et vérifications sur place en conformité avec le règlement (Euratom, CE) No 2185/96 du Conseil.